Nr. 186

INTERIM

26. März 1992

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

KEINE ÜBERDOSIS DEUTSCHLAND

Leipzig: Faschos gekübelt!

Vorwort

Zunächst mal beste Grüße an die GenossInnen in Leipzig, die den ganzen Organisationsstreß auf sich genommen haben, ohne durchzudrehen.

Unsere Einheitsfront mit der WettergöttIn hat dem Nazi-Pack hoffentlich Mores gelehrt. Obwohl wir den Naziaufmarsch nicht verhindern konnten, haben rund 20 Glatzen Dresche gekriegt und der Rest so eine Angst, daß sie den BGS bitten mußten, sie nach Hause zu bringen. Aus Passau haben wir gehört, sollen die letzten Gefangenen von der Anti-DVU-Demo freigelassen worden sein. Über Einschätzungen zu Leipzig und Passau freuen wir uns immer.

Überhaupt nicht freuen wir uns darüber, daß diesmal hauptsächlich Veranstaltungshinweise und Überregionales im Briefkasten war. Aus Berlin gab es, von ganzen 74g Schokoriegel abgesehen, fast nix (nicht mal ne Kritik über den Ernährungsstandard der Höllenküche im RIM). Dennoch haben unsere spitzen Ohren erfahren, daß Sonnabend um 11.00 Uhr eine Demo wegen der aktuellen Ereignisse in Kurdistan sein soll. Hört Euch selber um wo das ist, weil einen Aufruf haben wir nicht gekriegt.

Eure umherschweifende interim Redaktion

P.S.: BekennerInnenschreiben werden ab sofort erst ab Militanzniveau 6 vollständig veröffentlicht, bei Berlinbezug ab Militanzniveau 3, ansonsten behalten wir uns sinngemäße Kürzungen, sowie Abweichungen von dieser Regel vor.

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

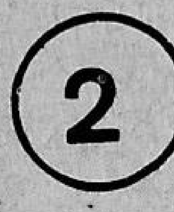
V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz


Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag



ORDNER:
RZ-GEDICHT
WIE WEITER NÜRNBERG
BREMEN
ABU JAMAL
INFOS AUS NORDERSTEDT
LIEBER KRANKFEIERN...
INFOS AUS SALVADOR
WISS. ARBEIT ZU ISOHAFT
LYON(MEHR INFOS)
ANTI-WAR PROJECT YUGOSLAVIA
ANARCHISTISCHE INFO FRANKREICH

INHALT:





Leipzig: Randale

Wann hat ein Mann heutzutage schon die Möglichkeit, sich als Mann zu beweisen? Für den Hamburger Christian Worch, einen der bekanntesten deutschen Neonazis, ist das ein Problem. In der rechten Szene gilt der Millionenerbe nicht gerade als hart wie Kruppstahl. Doch als die rechte Szene am Sonnabend in Leipzig demonstrierte, hatte Petrus ein Einsehen und bescherte Worch eine vortreffliche Möglichkeit, es sich und anderen zu zeigen.

Wie immer war Worch nicht im Demo-Glied mitmarschiert, sondern mit seinem neuen Mercedes zum Versammlungsort gefahren. Auf dem Dimitroffplatz wartete er auf das Eintreffen der Kameraden, als plötzlich ein Unwetter über den Platz fegte. Regen, Hagel, Sturm. Polizisten und Journalisten drängten sich hinter jeden erreichbaren Mauervorsprung. Nicht so Worch. Eine halbe Stunde harrte er völlig durchnäßt allein neben seinem Mercedes stehend aus. Zeitweilig war er in den Regenschwaden kaum noch auszumachen. Deutsches Wetter, gutes Wetter. Aufregenderes ist von der Leipziger Neonazi-Demo vom Sonnabend nicht zu berichten.

Zum Glück ist wenigstens „der liebe Gott"

Leipzig
Krawalle! Steinregen
gegen Polizisten

17 Verletzte am Bayerischen Platz

Bombenwarnung

Wegen einer Benzin-Bombe staute sich der Verkehr auf dem südlichen Ring. Kriminalpolizisten hatten auf dem Dimitroffplatz einen „bombenähnlichen Gegenstand" gefunden. Nach Untersuchung und Sprengung stellte sich heraus, daß es sich um einen mit Benzin gefüllten Sahne-Sifon handelte. Um 11.15 Uhr war der Ring wieder frei.

Demos

Die S

„Wir haben uns an die Buchstaben des Gesetzes gehalten", so ein Polizeisprecher. Sein Resümee des Tages: „Vermummung ist ein Straftatbestand, Ausländer-raus-Rufe nicht."

Berliner Leipzig-Bus von SkinHeads angegriffen

Auf der Vorbereitungs-VV zu den Antifa-Aktionstagen in Leipzig wurde als Treffpunkt für die gemeinsame Hinfahrt der S-Bahnhof Schönefeld gewählt, da von dort alle Züge nach Leipzig abfahren. Das war dumm und fahrlässig, denn es kam dort zu Auseinandersetzungen mit Neonazis, bei denen wir Antifas nicht gut aussahen.

Zusammenfassung:
Um 18Uhr stand der Bus vor dem S-Bahnhof Schönefeld. Etwa 2o Antifas waren schon da und begannen einzuladen, als wir merkten, das wir von Faschos beobachtet wurden. Es stellte sich raus, daß im Billard-Café in der Bahnhofshalle 5-6 Glatzen saßen. Wir entschlossen uns, nichts zu unternehmen, um die Busfahrt nicht zu gefährden. Im Bahnhof war eine Zweierstreife Grenzschutz unterwegs. Während die ersten von uns einstiegen, Kram für die Fahrt kauften usw., kamen nach und nach ca. 8 weitere Faschos dazu, die sich aber nicht offen zeigten.
Wir hatten als Abfahrtszeit 18Uhr45 ausgemacht, um auf Nachzügler warten zu können.Die meisten von uns (ca.2o) waren im Bus, der Rest in der Halle, als 3 Glatzen rauskamen. Einer von ihnen wurde aufgefordert, einen Aufnäher ("Deutschlanpower" mit Eisernem Kreuz) abzumachen. Es kam zu einem kurzen Handgemenge, während dem weitere 5-6 Skins auftauchten, von denen einer sofort einen Antifa angriff. Wir zogen uns in Richtung Bus zurück. Auf dem Bürgersteig vor der Halle wurden 2 Männer und eine Frau geschlagen, die Glatzen sprühten Tränengas und drohten. Um keine Bullenaktion gegen den Bus zu riskieren, waren wir auch dort defensiv; so wurden z.B. Bus- und Taxifahrer gebeten, die Glatzen zu beruhigen, was auch teilweise Erfolg hatte. Nach ca. 5 min griffen 6 Grenzschützer und 2 Zivil-Bullen ein, und die Faschos zogen sich zurück.
Ein Antifa erstattete Anzeige wegen Körperverletzung, die Personalien der Faschos wurden kontrolliert, unsere nicht.
Der Bus fuhr um 18.45uhr ab.
Bei den Glatzen sin 3 Typen besonder aufgefallen:
1. ca.18ocm groß, Muskulös, blonde Glatze, Ohrring, viele große Ringe an der rechten Hand, ca.23 Jahre. 2. ca. 18ocm, kräftig, braune(?) lange Haare, schmales Gesicht, im Westen als Hertha-Frosch aufgefallen, zeitweise vermummt, Gasspray. 3. ca.169cm, muskulös, hellblonde Igelfrisur, weinrote Baseballjacke mit Aufnäher.

Soviel erstmal.



Schlagt die Faschisten, wenn ihr sie trefft!

Berliner AntifaschistInnen, 23.3.92

FASCHO-FESTIVAL IN COTTBUS

Am ersten Maiwochenende (1-3.5) soll in der Nähe von Cottbus ein faschistisches Open Air-Konzert unter dem Motto "Rock gegen Links" stattfinden. Diese Information sickerte in verschiedenen Städten der Cottbuser Region aus Neonazikreisen durch. Auftreten sollen Störkraft, Endstufe und ca. fünf andere Nazibands. Die Organisation für das Konzert übernimmt der Cottbuser Jugendclub "Sandow". (JC "Sandow", Sanzebergbrücke, Cottbus, O-7500, Tel.(05) 714075) Dieser Club ist ein Treff-und Sammelpunkt für Neonazis aus ganz Deutschland besonders aus der Region Brandenburg. In ihm und durch ihn wurden in der Vergangenheit regelmäßig Faschokonzerte durchgeführt. So z.B. "Neue Werte", "Wehrwolf"....
Das größte Konzert, das die Sandower Nazis bis jetzt durchgezogen haben, war in Werben bei Cottbus am 6. Oktober 1991. Dort sollten die deutschen Bands "Störkraft" + "Radikal" und die englische Nazi-Urband "Screwdriver" auftreten. Am Abend vor dem Konzert zogen englische und einheimische Naziskins durch die Innenstadt von Cottbus, um Antifas + Ausländer zu jagen. Dabei wurde ein Cottbuser Antifaschist schwer verletzt. Die Bullen nahmen daraufhin einige der Typen fest; u.a. den Gitarristen von "Screwdriver", was zur Folge hatte, daß die englische Nazibande nicht auftreten konnte. Trotzdem wurde das "Festival der Schweine" mit den anderen zwei Bands vor ca. 1000 Faschos durchgezogen. Und das alles unter dem Schutz von 600 BGS-Bullen - aus Angst vor Gegenaktionen. Nach ihren guten Erfahrungen in Werben versuchen die Nazischweine aus Sandow jetzt ein großes Open Air unter dem Motto "Rock gegen Links" durchzuführen. **Das muß unbedingt verhindert werden.**

KEINEN FUSSBREIT DEN FASCHISTEN IN COTTBUS UND ANDERSWO !!!

PS: Über den Ort und den genauen Zeitpunkt des Konzertes werden wir in der Besetzerzeitung (Berlin) und anderen Antifablättern informieren, sobald uns weitere Informationen vorliegen.

AUFRUF ZUR ANTIFASCHISTISCHEN **DEMONSTRATION IN ILMENAU (südthüringen) MOTTO: "GEGEN RASSISMUS UND NEOFASCHISMUS, FÜR EINE MULTIKULTURELLE GESELLSCHFT"**

Die betroffenen menschen rufen zu einer antifaschistischen Demonstration auf, um ein 2. Hoyerswerda zu verhindern und eine breite Öffentlichkeit gegen den Naziterror zu mobilisieren, (autonome Antifa-Thüringen)

Treffpunkt Sa, 4.April vor der Festhalle in Ilmenau um 14 Uhr



Matthias ist tot!!

Am Mittwoch den 4.03.92 ist Matthias an den Verletzungen des faschistischen Übergriffs aus dem Mai letzten Jahres gestorben. Der Mord an Matthias zeigt wieder einmal die menschenverachtende Dimension des Terrors von Neo-Nazis.

Was war passiert im Mai letzten Jahres?

"Am Mittwoch, den 8.Mai, gegen 22Uhr wurde Matthias von Neo-Nazis in Gifhorn angegriffen. Er war auf den Weg zum Nachtangeln am Waldsee, wo er sich mit Feunden verabredet hatte.Dort feierte gleichzeitig 15-20 Faschisten einen "Kameradschaftsabend". Als sie Matthias sahen, stürzten sie sich sofort auf ihn und schlugen ihn. Zwei Neo-nazis, Christian Blauth und Jörg Laurinz, stießen ihn dann auf die stark befahrene B4 vor ein fahrendes Auto. Er wurde mit lebensgefährlichen Verletzungen in die medizinische Hochschule-Hannover eingeliefert. Matthias lag mehrere Monate lang im Koma. Als er aus dem Koma erwachte, war er vollständig gelähmt und hatte einen schweren Hirnschaden. Jetzt ist er an den Folgen gestorben.

Zum Verhalten der Polizei und zum Stand der Ermittlungen:

Die Polizei versuchte zunächst den Mord an Matthias als normalen Verkehrsunfall darzustellen. Nach Anzeigen von 3 Menschen aus Matthias FreundInnenkreis und der Unhaltbarkeit dieser Darstellungen in der Öffentlichkeit begann dann die Ermittlungstätigkeit der Gifhorner Kripo und einer Sonderkommission aus Wolfsburg. Trat die Polizei damals mit den Anspruch an:"Wir sind sebstverständlich bemüht, Licht in die Angelegenheit zu bringen." so läßt sich jetzt feststellen, daß dem nichts gefolgt ist, die Ermittlungen nach dem Wegbleiben von Öffentlichkeit nur noch der Form halber existierten. Einer der Mörder von Matthias, Christian Blauth, saß zwar eine Woche in U-Haft wurde aber unter fadenscheinigen Argumenten freigelassen. Für die Staatsanwaltschaft ist diese Woche auch der Grund zur Einstellung des gesamten Verfahrens mit dem Kommentar, daß "damit alles gesühnt sei". (Die Informationen stammen von Matthias` Eltern, die einen Strafantrag gestellt hatten und als Nebenkläger auftreten) Das die deutsche Justiz nicht gegen Neo-Nazis vorgeht ,ist klar. Im Normalfall wird sich aber ein Mäntelchen umgehangen und zumindest ein Prozeß eröffnet, bei dem die Täter geringe Strafen erhalten. So geschehen im Prozeß gegen die Mörder von Alexander Selchow.

Zum antifaschistischen Widerstand:

Wie die Entwicklung des Verfahrens zeigt, geht die Justiz des BRD-Staates nicht gegen Neo-Nazis . Wir wollen Widerstand gegen die zunehmende Akzeptanz von faschistischen Denken und Handeln (z.B. Brandanschläge gegen Flüchtlingsunterkünfte) leisten. Deshalb fanden und finden vielfältige Aktionen statt, antifschistische Demonstratinen in WF, GF und am 9.11.91 in Bs mit einem breiten Bündniss, in Halberstadt etc. Wir versuchen aber u.a. mit Flugis eine Gegeninformation zur herrschenden Berichterstattung aufzubauen und vieles andere. Außerdem finden wir es richtig Faschisten militant zu bekämpfen, allerdings nur verantwortlich gegenüber Unbeteiligten und gezielt gegen die führenden Köpfe. Der Kampf gegen die Faschisten ist für uns aber immer auch ein Kampf gegen die geselschaftlichen Bedingungen, aus denen heraus die Bereitschaft der Menschen resultiert, das faschistische Denken zu übernehmen. Für uns sind das z.B.: Konkurrenzdenken, Vereinzelung, patriarchale Zurichtung, etc. .

Dieser antifaschsitische Kampf, der versucht, eine Perspektive zu dem bestehenden kapitalistischen System zu entwickeln, wird vom Staat nicht geduldet.

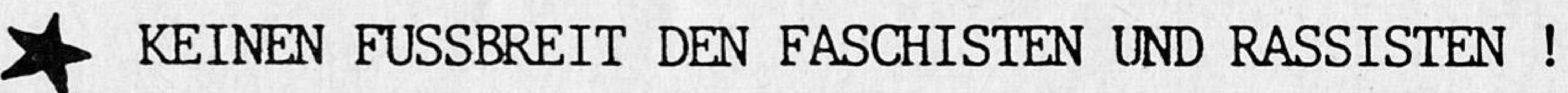
WANDELT WUT UND TRAUER IN WIDERSTAND !

Deshalb rufen wir auf zur Demonstration für
die antifaschistische Selbsthilfe
und gegen den Naziterror.
Am: 9.Mai 1992 Treffpunkt:
In Gifhorn am Brunnen/Steinweg
Um:10.00 UHR

DÄNEMARK -KOPENHAGEN :

DÄNEMARK: ANTIRASSIST IN DIE LUFT GESPRENGT

Am Montag den 16.März 92,um 11,30 krachte es im Büro der kleinen trotzkistischen Partei "Internationale Sozialisten"(zu vergleichen mit der westdeutschen SAG), im Kopenhagener Arbeiterviertel Nørrebro.
Der Genosse,der im Büro anwesend war,hatte soeben die Post erhalten und wurde beim öffnen eines dicken A3-Briefpaketes regelrecht in Stücke gerissen.
Es besteht kein Zweifel darüberdass der/bzw.die Täter aus dem Umfeld der im Untergrund agierenden Faschos kommen.Eine genauere Bestimmung ist wegen der diffusen,zersplitterten faschistischen Strukturen eine schwierige Aufgabe.Zumal dieses Spektrum keinerlei bekannte Anlaufstellen besitzt und bis jetzt auch keinerlei gemeinsames öffentliches Auftreten wie z.B. Demos,Manifestationen, oder Veranstaltungen durchgeführt haben (Abgesehen von einigen Veranstaltungen einer rassistischen rechten Vereinigung "Den danske forening ").Die wenigen, sehr wohl bekannten Führungspersonen der verschiedenen rechtsextremistischen- und faschoszene haben sich in der Öffentlichkeit bewusst ein legales,biederes parlamentarisch-orientiertes Image zugelegt.
In den letzten zwei Jahren haben unbekannte Faschos einige male linke Büros und Infocafès mit Steinen oder Mollis angegriffen,teilweise mit erheblichen Sachschaden.Diesesmal ist der Angriff tødlich verlaufen.Wir gehen davon aus, dass er sorgfältig vorbereitet und durchgeführt wurde.Eine offene Frage ist bis auf weiteres,ob der/die Täter es auf diese Aktion belassen,als Warnung und Einschüchterungsversuch gegenüber einer aktiven,anti-rassistischen Gruppe wie die der Internationalen Sozialisten STELLVERTRETEND für die gesamte aktive anti=rassistische/anti-fa Szene,oder aber ein Beginn einer grossangelegten Bomben=kampagne der Faschos in Verlängerung der sich zurZeit verschärfenden staatlichen - institutionellen Hetzkampgagne gegen bestimmte Teile der politischen Asylsuchenden.
Bleibt zu hoffen,das die verschiedenen betroffenen Zusammenhänge gemeinsam und jede für sich die notwendigen Abwehrmassnahmen bzw.Sicherheitsbestimmungen praktizieren!
Am selben Abend des Mordanschlags,gab es eine Kundgebung von ungefähr 100 Anti-fas vor den ausgebrannten Büro (siehe Foto!).Eine Demo ist bereits in Planung.
Allerdings finden wir das Konzept der Demo äusserst problematisch :Geradezu typisch für die "Massenlinie" der Internationalen Sozialisten" versuchensie primär "breit" zu mobilisieren (Gewerkschaften,versch.Parteien bis ins rechtsreformistische Lager) auf KOSTEN des inhaltlich bestimmten radikalen,anti-kapitalistischen Kampfes gegen Faschismus und jegliche Form des Rassismus und Sexismus.So wurdevon ihnen suverän beschlossen,das auf der Demo weder Parolen gerufen werden sollen,noch Transparente mitgetragen werden dürfen...Gleichzeitig äusserte sich einer ihrer Repräsentanten im dänischen Fernsehen,dass dieser Anschlag ein Angriff gegen das demokratische (sic!) Grundrecht der freien Meinungsäusserung sei und von daher die gesamte dänische Bevölkerung ihre Solidarität zeigen muss.Nach unserer Meinung eine eklatante Verschleierung der realen geselschaftlichen URSACHEN des institutionalisierten, Verwertungsorientierten staatlichen Rassismus und dessen zeitweilig opportunen, arbeitsteiligen Verhältnis zu den laufenden Fascho-Aktivitäten!



★ WIR TRAUERN UM DEN GENOSSEN HENRIK CHRISTENSEN !

★ KEINEN FUSSBREIT DEN FASCHISTEN UND RASSISTEN !

★ REPRESSION IST IHRE waFFE - SOLIDARITÄT UNSERE STÄRKE !

autonom Infocafè-kollektiv ZAPATA
Blågårdsgade 12 DK.-2200 København N.

PS.Solidaritätserklärungen könnt Ihr/du an folgende Adresse senden :
Internationale Socialister,Ryesgade 8,3.sal DK.-8000 Århus C.

PASSAU-NACHSCHLAG

Wir haben in der Nacht vom 15. auf den 16. März in Trier die Scheiben der Bayrischen Vereinsbank und der Industrie- und Handelskammer klirren lassen und die Parolen "Rache für Passau" und "Hinter dem Faschismus steht das Kapital" gesprüht.(Scheiße,unsere Steine waren den Panzerglas-Türen der Deutschen Bank nicht gewachsen -probierts mal an den Fensterscheiben !)Das war für uns das Minimum,um unsere Wut über den 14. März in Passau auszudrücken.
Dort kann die rechtsextremistische DVU seit 10 Jahren fast ungestört Jahr für Jahr ihren Parteitag abhalten;mit einer in den letzten Jahren ständig steigenden Zahl von FaschistInnen,vermehrt auch Jungfaschos und Skins aus der gesamten BRD,der Ex-DDR und dem benachbarten Ausland. Damit ist diese Veranstaltung zu einem der größten Treffen der Neonazis in Europa geworden.Dieses Treffen sollte gerade unter dem Eindruck der rassistischen Hetze der HERRschenden gegen Flüchtlinge,dem auch daraus resultierenden Wiedererstarken faschistischer Organisationen und der unzähligen Angriffe von Neonazis auf AusländerInnen nicht ungestört stattfinden.Deshalb fanden auch wir eine bundesweite Mobilisierung nach Passau mit dem Konzept - Blockade der Halle und später große Demonstration - richtig.Was dann in Passau abging zeigte in krasser Form einmal mehr,in welchem Maße die Neonazis von den HERRschenden geschützt werden.Überall war deutlich der Wille der Bullen zu spüren, den FaschistInnen eine ungestörte Hetz-Veranstaltung zu ermöglichen und den AntifaschistInnen zu zeigen,daß auch nicht das geringste selbstbestimmte und offensive Vorgehen gegen die Faschos geduldet werden soll.Besonders übel taten sich dabei wieder die bayrischen USK'ler hervor,die selbst den Eindruck einer absolut faschistoiden Schlägertruppe machten.Im Nachhinein fragen wir uns,was an unseren Strukturen nicht funktioniert hat,ob nicht auch die Entschlossenheit,dasKonzept durchzusetzen etwas gefehlt hat,und ob wir uns immer von den USK'lern durch die Straßen jagen lassen müssen.Eigentlich können wir uns vorstellen,daß wir Mittel und Wege finden,die DVU nächtes Jahr effektiver anzugreifen!Obwohl wir die Blockade vor der Halle der Faschos nicht durchsetzen konnten,obwohl ihre Veranstaltung wieder ungestört stattfinden konnte und wir wegen der Bullen viel zu wenig Gelegenheit hatten, unsere antifaschistischen Inhalte auf die Straße zu bringen,finden wir es auch in Zukunft absolut notwendig,daß wir uns den Nazis bei allen möglichen Gelegenheiten entgegenstellen,sie immer wieder direkt angreifen, ihre Machenschaften ans Licht zerren und ihnen mögliche Rückzugsgebiete zu nehmen versuchen. - Damit hat es schon und wird es auch weiter Erfolge geben! Weiter ist es für uns entscheidend,mit den Flüchtlingen in Kontakt zu kommen,ihre Isolation aufzuheben und zu gemeinsamem Handeln gegen den rassistischen Alltag,gegen Gesetze,Verordnungen und die Angriffe der Faschos zu kommen.Dazu gehört,daß die HERRschenden als Protagonisten eines Systems thematisiert werden,in dem Rassismus und Sexismus immer unverzichtbarer Bestandteil sein werden.
Dazu gehört daß wir die "neue Weltordnung" von der Kohl,Bush und Co nach Beendigung des Ost - West Konfliktes immer quatschen als Brutale Mordmaschinerie entlarven,die die Unterdrückung und Vernichtung der Menschen des Südens weiter zementiert,die jetzt von den Menschen im Osten Besitz ergreift und sich zunehmend auch gegen Viele in Westeuropa und den USA richtet.Dieser Zusammenhang heißt für uns auch,an einer starken Mobilisierung gegen den Weltwirtschaftsgipfel im Juli in München mitzuarbeiten und zu versuchen,den Schweinen dort einen Denkzettel zu verpassen!!

- Wir gehen nicht unter in unseren Niederlagen,sondern in den Kämpfen ,die wir nicht führen !

- Kein Fußbreit den Faschisten !

- Zusammen mit den Flüchtlingen gegen Rassismus und für ihr Bleiberecht kämpfen !

- Für eine starke Mobilisierung gegen den WWG in München !

und ganz,ganz viel Liebe und Kraft den GenossInnen,die am 14. März in Passau eingeknastet wurden und zur Zeit noch in U-Haft sitzen !

Autonome Zelle "Jetzt gehts los"

Ihr lesezirkel
DIE MODERNE FORM ZEITSCHRIFTEN ZU LESEN
Weissgerber stern magazin 13

AUFRUF zum VOLXSPORT !

... Die Politiker haben uns viel versprochen. ...bisher konnten die Probleme nicht bewältigt werden. Steuer-, Preis- und Gebührenerhöhungen belasten imme- mehr Ihren Geldbeutel. Wohnraumnot, steigende Mie- allen Bereichen, Asylmißbrauch, Verkehrschaos blühende Kriminalität sind die Sorgen de-

Sind Sie m... Leistung... ...olitiker ...uen? ...t – deshalb gehe ich wählen!

Lesezirkel-Magazine liegen in fast allen Wartesälen von Arztpraxen, Friseueren u.ä. Wartesälen rum.

Am 24. Mai 1992 ist Wahltag in Berlin.

Auch Ihre Stimme entscheidet!

Wählen Sie

REP DIE REPUBLIKANER

Die Opposition in Berlin

E. Weissgerber & Söhne
Lesezirkel, 1/49,
Buckower Chaussee 148,
Tel. 74 000 7-40
u. 1/49, Saalower 12,
Tel. 7448269

Die Firma Weissgerber u.Co. hat Lieferfahrzeuge. Achtet darauf, daß ihr die richtigen trefft !

Selbstverpetzungsschreiben

Wir haben in der Nacht vom 20.-21.3.92 die Polizei-Notrufsäule im Jagen 76 im Tegeler Forst angegriffen!!!-Wir haben sie von oben bis unten bespuckt!!!

Diese Aktion richtet sich nicht gegen die Leute, die sich auf Grund einer Notlage nicht anders zu helfen wissen als die Bullen zu holen.

Diese Aktion richtet sich vielmehr gegen den Bullenapparat und das Schweinesystem insgesamt, daß unseren Widerstand dagegen zerschlagen will, indem es uns bespitzelt und verfolgt, uns aus unseren Häusern räumt, unsere Demos zusammenprügelt, uns in den Knast schmeißt und dabei auch Tote billigend in Kauf nimmt.

Greift dieses mörderische System an, wo Ihr nur könnt!
Bespuckt alle Notrufsäulen, wo Ihr sie nur trefft!
Kampf bis zur Befreiung!!!

Die umherschweifenden SpuckerInnen

Ganz solidarische (und deshalb sehr, sehr kritische) Grüße an den autonomen Volkssport und die umherschweifenden Haschrebellen (s. letzte Interim)

DÄNEMARK: 8. MÄRZ ♀-ACTION:
ANGRIFF AUF DIE FILIALE DES US-MEDIZINALKONZERNS UP JOHN IN KOPENHAGEN

MIT FEMINISTISCHEN GRÜSSEN AN ALLE KÄMPFENDEN FRAUEN ZUM 8. MÄRZ, DEN INTERNATIONALEN KAMPFTAG DER FRAUEN.

In der Nacht zwischen den 6. und 7. März haben wir die Filiale des US-amerikanischen farmazeutischen Multi UpJohn in Kopenhagen, Ericavej angegriffen: Das heisst, wir haben das Schloss der Eingangstüre zugeleimt und den unteren Teil des Gebäudes in rote Farbe getränkt sowie Parolen gesprüht, die rote Farbe als Symbolik der Blutspur, die UpJohns Produkte bei unzähligen Frauenkörper verursachen.

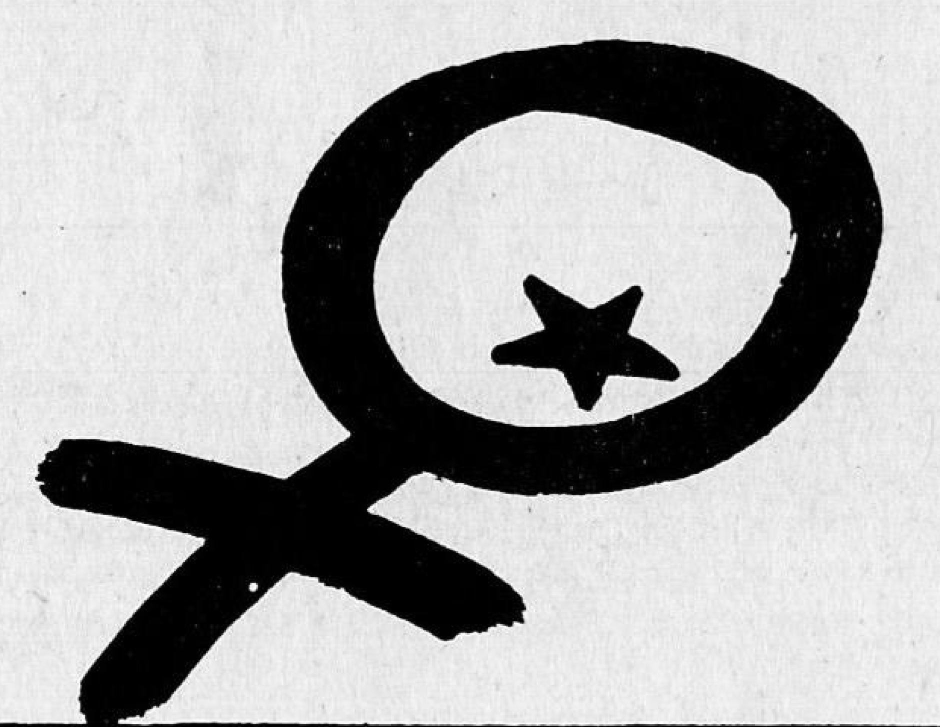
Der UpJohn-Multi ist ein riesiger weltweiter Konzern der u.a. berüchtigt ist wegen seiner Fabrikation des gesundheitsgefährlichen Verhütungsmittel Depo-Provera (auch die 3-Monats Spritze genannt), der gegen die Frauen des Trikont angewendet wird. Sie werden mit differenzierten Methoden gezwungen die 3-Monats Spritze zu empfangen als wichtiges Instrument der HERRschenden imperialistischen Strukturen, in ihrer Versuch den Bevölkerungszuwachs zu begrenzen. Durch diesen Eingriff wird die Fruchtbarkeit der betroffenen Frauen zerstört. Sie verlieren die Selbstbestimmung über ihrer Körper und erkranken häufig ernsthaft als Folge der Nebenwirkungen.

Depo-provera ist ein Instrument einer Bevölkerungspolitik die den armen Ländern des Trikonts durch IWF- und Weltbank Diktaten aufgezwungen wird. Eine Politik, die vordergründig auf den Mythen einer "Überbevölkerung" basiert, in der Realität aber ein Krieg der HERRschenden imperialistischen Institutionen und deren Verwertungsinteressen gegen die Armen dieser Erde ist.

In den Metropolen wird Depo-provera nur selten verwendet. (In der USA ist dieses Medikament total verboten u.a. wegen den mitsichführenden Krebsrisiko!). Hier in EG-Raum wird Depo-provera haupsächlich gegen psychisch erkrankte Frauen, gegen Behinderte, gegen Ausländerinnen, sowie gegen sogenannte "sociale Nichtangepasste" angewendet. Auch in Grönland wird dieses Mittel sehr häufig allgemein eingesetzt.

Weltweit hat die Frauenbewegungen den Kampf gegen die Bevölkerungspolitik der HERRschenden aufgenommen, darunter den Widerstand gegen die Anwendung von Mittel wie Depo-provera.

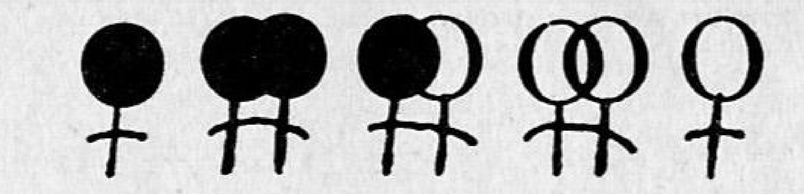
Unsere Aktion in dieser Nacht versteht sich als Teil des kämpfenden internationalen Frauenwiderstandes. Und als Gruss an unseren 8. März, den internationalen Kampftag, wo Frauen weltweit auf verschiedene Weise veranschaulichen, das der Widerstand der Frauen gegen die sexistische, politische, soziale und ökonomische Unterdrückung durch die HERRschenden lebendig und vielfältig existiert!



In Liebe und Stärke

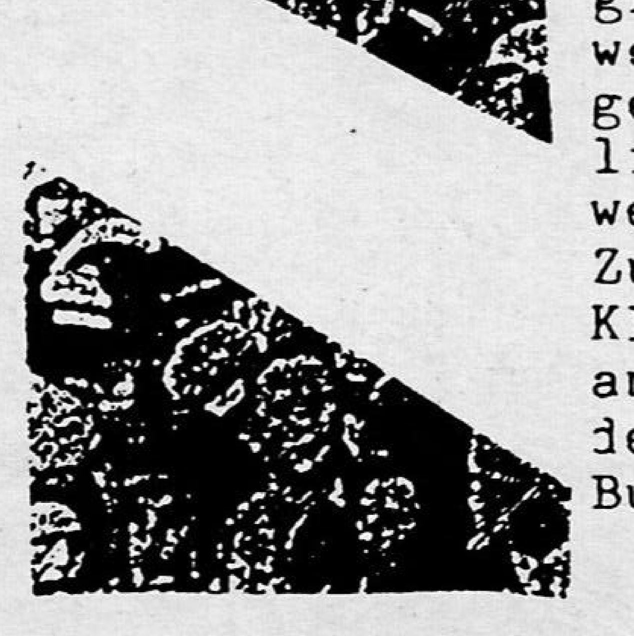
STENBROENS AMAZONER

aus Dänemark.



SCHINKELFEST AM 13. MÄRZ :

OLYMPIA STATT VOLXSPORT



"Ja ja, die jungen Leute" war der Kommentar des ehemaligen Münchner Stadtbaurats in seiner Schinkelfestrede am 13. März in der HDK. "Wir sind ja alle mal jung gewesen... wir müssen dem nachgehen, was diese Menschen uns sagen wollen." ...

Verständnisvoll bis besorgt deutet er mit dem Blick auf die leeren Plätze auf der Tribüne, wo eben noch eine Handvoll VolxsportlerInnen Sprechchöre gerufen und Flugis geworfen hatte. Sekunden nach Beginn ihres Auftritts waren sie von "Sicherheitskräften" aus dem Saal gezerrt worden. "Offenbar haben sie das Gefühl, zu unserer Gemeinschaft nicht dazugehören zu dürfen! Aber das kann man doch geraderücken... auch sie müssen endlich erkennen, daß Deutschland wieder die Nr.1 ist in der Welt- und da gehören wir doch alle dazu! (...) Und das bedeutet für uns alle: Leistung, Leistung, Leistung " Womit wir wieder bei Olympia wären. Volksgemeinschaft, nationale Leistung... Und falls es noch irgendwelche Vorbehalte gegen Olympia 2000 geben sollte, so wolle er noch hinzufügen ("in derHoffnung, daß die AL jetzt hier ist und mich hören kann"), daß die Olympiade 1972 "40 neue Vogelarten und 20 verschiedene Fischsorten" nach München gebracht habe...Mit dem guten Gewissen, damit mal wieder sämtliche Probleme aus der Welt geschafft zu haben, ging er wieder zur Tagesordnung über : "Städtebauliche Ziele für die Olympiastadt Berlin".

Interessant, die Wirkung einer Aktion von "uns" mal nicht aus dem Inneren eines Bullenkessels, sondern aus dem Blickwinkel der Bonzen zu sehen. Tatsächlich mal das Gefühl zu erleben, wie es ist, mit einem fetten Wagen durch Hundertschaften von Bullen manövriert zu werden, so seltsam unbeteiligt und doch irgendwie Mittelpunkt und Zielscheibe... eine gewisse Angst ist nicht zu leugnen - zumindest am Anfang, wo der Überblick fehlt - daß irgendwelche Steine ausgerechnet die eigene Windschutzscheibe treffen könnten.

Später dann der Blick über die Schulter, als mir der Chauffeur aus dem Wagen hilft, die Feststellung "aha, unsere Polizei hat alles im Griff"... der Anblick von Bullen,die vor Unterwürfigkeit fast im Schlamm kriechen und mir mit einer leichten Verbeugung die Bullensperre öffnen, nur weil ich gerade mal "gesellschaftsfähig" gekleidet vor ihnen stehe.
Mir hat sich fast der Magen umgedreht.

Aus dem Fenster des festlich erleuchteten Foyers wirkt die Kundgebung draußen in Familienstärke, umstellt von unüberschaubaren Massen von Bullen, einfach unsagbar lächerlich - von oben betrachtet, mit dem Sektglas in der Hand zwischen leicht belustigten Bonzen und lässigen Yuppies und den vielen feinen Herren mit dem Knopf im Ohr und der Funke in der Tasche und dem Oberlippenbart.
Die Distanz zu der Szenerie auf der Straße ist unüberbrückbar. "Was um alles in der Welt machen diese Leute da draußen in der Kälte und im Regen?!" Die Frage wirkt noch nichtmal nur arrogant, sondern in erster Linie verständnislos.
Obwohl das Geschehen draußen durchaus mit Interesse verfolgt wird: "Aha, das Leittransparent von der Demonstration im September" ,bemerkt ein Herr im Nadelstreifenanzug. Vereinzelt ist erstaunlicherweise auch durchaus Positives zu hören

("Ach so, die wollen hier rein, na hatt ich das gewußt, hatte ich ja meine Karten in Kreuzberg verteilt"). Eine ganze Reihe geladener Gäste ist auch tatsächlichschon vor der HDK umgekehrt und wieder nach Hause gefahren, weil ihnen der überzogene Bullenaufwand einfach zu peinlich war.

Aber das blieb natürlich eine klitzekleine Minderheit gegenüber der Masse, die nun drinnen im Warmen stand und sich durch die (von "uns" mitinszenierte) Show vor der Tür erst recht ganz ungeheuer wichtig und ernstgenommen fühlte. Das Ganze war nicht nur ineffektiv, sondern fast schon kontraproduktiv. Ähnlich war es drinnen bei den Vorträgen,als die Flugis von der Tribüne flogen.Obwohl der Aktion ein gewisser Knalleffekt nicht abzusprechen ist, konnte auch damit keine Reaktion hervorgerufen werden, die über Kopfschütteln und Grinsen wesentlich hinausging.
Bedroht fühlte sich selbstverständlich keiner - die Sicherheitsleute hatten ja alles fest im Griff, wie eben dadurch demonstrativ vorgeführt wurde; geärgert hat sich auch niemand ("Seht her, wie demokratisch wir planen und regieren - bei uns darf jeder seine Meinung sagen") und die Flugis hat natürlich erst recht kein Mensch gelesen.

Der mitleidige Kommentar des Münchner Stadtbaurats hat dem Ganzen dann noch die Krone aufgesetzt. Seine Worte hätten kaum deutlicher machen können, das "sie" sowas überhaupt nicht kratzt; sie sind natürlich bestens vor bereitet auf solcherlei Zwischenspiele und rhetorisch geschult genug, um in solchen Situationen nicht in Bedrängnis zu geraten sondern vielmehr die Kritik ins Gegenteil zu verkehren und für sich auszunutzen.

Das ist natürlich alles nichts neues - die Frage ist nur, warum solche Aktionen dann immer noch laufen.

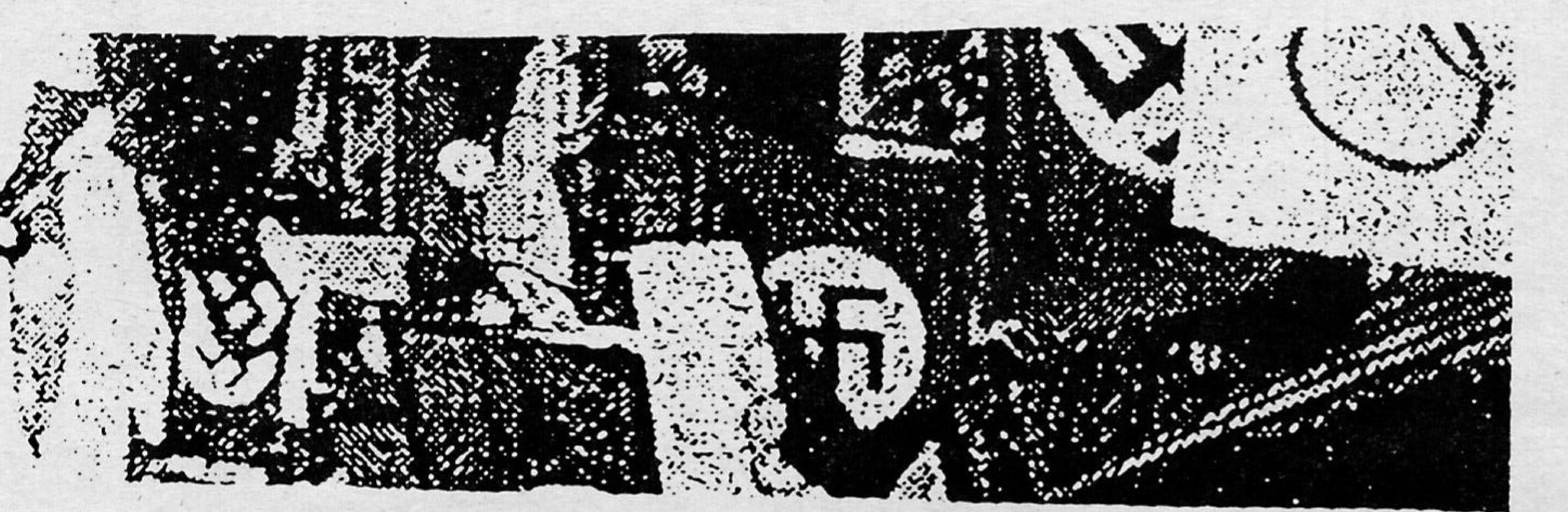
Wenn Leute solche Aktionen bringen,die einerseits für sie ziemlich risikoreich sind und andererseits wenig bis gar , nichts bringen, dann hat kein Mensch was davon, deren"Kühnheit" zu bewundern - da stellt sich eher die Frage, ob hier nicht mal wieder die Aktionsform wichtiger war als das Erreichen der beabsichtigten Wirkung.
Das ist jetzt nicht nur auf die Flugblattwurfaktion drinnen bezogen, sondern auch auf alles, was draußen auf der Straße gelaufen ist und weiterhin laufen wird.

Vielleicht sollten wir tatsächlich öfter mal drauf verzichten, sichtbar als "Szene" in Erscheinung zu treten - wenn sich abzeichnet, daß das Ganze nichts bringt, weil einfach nicht genug Leute dahinterstehen.
Wobeimal ganz interessant wäre festzustellen, warum denn die Szene größtenteils weggeblieben ist - wegen der Aktionsform oder schlichtweg aus Desinteresse am Thema? (In letzterem Falle stellt sich irgendwann die schmerzliche Frage, für wen oder was und wozu eigentlich sich einige wenige aufreiben um "Olympia zu verhindern", wenn sich nicht mal die Betroffenen solidarisieren...)
Zu dem, was vor der HDK gelaufen ist: Es ist schon klar, daß die Kleinkundgebung Ecke Fasanenstraße nicht das war, was eigentlich angestrebt worden ist. Aber daß Kleingruppenaktionen nach einer dermaßen öffentlichen Ankündigung von vorneherein durch massive Bullenpräsenz verhindert werden, ist fast ebenso klar.

Ich will damit keinesfalls sagen, daß wir nun grundsätzlich auf Bonzenauftritte überhaupt nicht mehr reagieren sollten - nur entweder, wir haben die Power, genügend Leute für eine handlungsfähige Demo (oder was auch immer) auf die Straße zu stellen (und das wäre in diesem Fall wahrscheinlich noch nichtmal mit vorheriger VV möglich gewesen) - oder wir müssen uns bei solchen Anlässen einfach auf vollkommen andere Sachen beschränken.

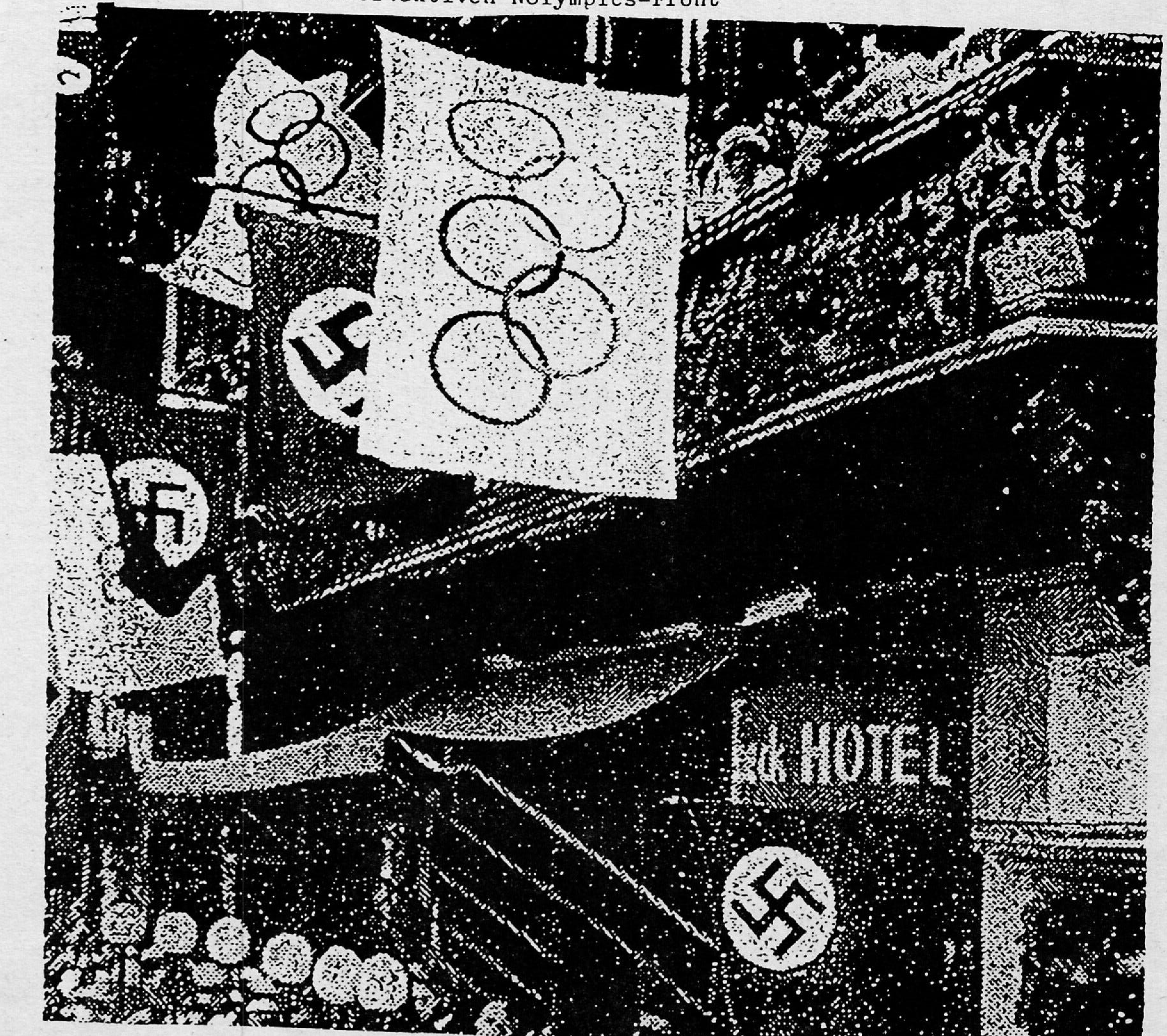
Weniger publicity in der Szene, aber umso wirkungsvollere Störung der Schinkelveranstaltung brachte beispielsweise der bestialische Gestank von Buttersäure, der sich kurz vor Beginn der Rede von Willy Daume im ganzen Saal verbreitete. Das kam einfach so derartig passend im richtigen Augenblick, daß es dazu auch keiner Erklärung durch vorhergehende Sprechchöre bedurft hätte.
Die Wirkung war wirklich bemerkenswert. Alle taten krampfhaft so, als würde es überhaupt nicht stinken, niemand traute sich zu gehen - denn wie sieht denn das aus, wenn der Präsident des Nationalen Olympischen Komitees seine Rede beginnt und sein Publikum den Saal verläßt... So saßen denn ein paar hundert Leute mit geröteten Augen hustend und keuchend da, die kostbaren Seidenschals vors Gesicht gepresst, und warteten völlig entnervt auf das Ende der Rede. Daume jedoch redete und redete und hörte überhaupt nicht wieder auf, gnadenlos und ohne Ende. Jeder neue Satz, der aus seinen zittrigen Mundwinkeln quoll, aufs Rednerpult triefte und von dort ins Publikum waberte, war eine Qual. Da half es auch nichts, daß er in den letzten 10 Minuten immer schneller redete (bis er schließlich überhaupt nicht mehr zu verstehen war) als er endlich merkte, daß die Leute eigentlich nur noch weg wollten.
Kaum jemand mochte seine Rührung mehr nachvollziehen, als der senile Greis ergriffen und mit Tränen in den Augen ins Schwärmen geriet..."Ach ja, die Schlußveranstaltung damals in Los Angeles...Welch ein Schauspiel, wie die Sonne da im Meer versank - dieses überwältigende Lichtspiel - das hatten wir auch 1936, bei der Eröffnung... nur da waren es Flakscheinwerfer . Wir wußten alle, daß es Flakscheinwerfer waren...und drei Jahre später hatten wir Krieg - aber wir konnten eben kein Abendrot über dem Meeresstrand bieten..."
DAUME, DEIN GELABER STINKT ZUM HIMMEL !!!

Ob aus verherrlichender (Vor-)Kriegsromantik oder aus der Ansicht, schon München 1972 habe "gezeigt, wie erfolgreich eine Olympiade eine Stadt von der Geschichte reinwaschen kann"- in diesem Punkt waren sich alle Redner einig - die Berliner Olympiade 1936 sei "überhaupt kein Grund, die Spiele 2000 nicht in Berlin stattfinden zulassen - im Gegenteil" .



In diesem Zusammen hang ist es vielleicht ganz interessant, darauf hinzuweisen, daß die Ausstellung der Arbeiten, die am 13. März in der HDK preisgekrönt wurden, noch bis zum Freitag, 27. März, tägl. von 14 bis 17.00, in der Kunst bibliothek zu besichtigen ist (Jebensstr. 2 / Bahnhof Zoo).
Besonders interessant die schriftlichen Erläuterungen zu den Entwürfen zur Olympiahalle Chausseestr. und zum Olympischen Dorf Ruhleben... kleines Zitat: "Und dies bedeutet konkret für Berlin: Bejahung der Geschichte durch Einbeziehung der Olympiabauten von 1936" .

In der Hoffnung, daß vielleicht doch nicht alles so völlig egal ist,
ein Mensch von der aktiven Nolympics-Front



AUS DEM AOK

Die von uns für den 28.3 und den 11.4. angekündigten Anti-Olympia-Stadtrundfahrten fallen aus. Wir kriegen es auf Grund notwendiger interner Diskussionen, Arbeitsüberlastung usw. im Augenblick nicht auf die Reihe, so etwas zu organisieren. Bereits gekaufte Karten werden umgetauscht.

Dafür gibts etwas zum Lesen. Der Anti-Olympia-Reader "Volxsport statt Olympia" ist endlich fertig und ab sofort in ausgesuchten Buchläden, Kneipen usw. erhältlich.



Bundestags-Vizepräsident und Olympia-Experte Hans Klein über Berliner Aussichten, die Spiele 2000 zu bekommen

Hans Klein Foto: teuto

Hans „Jonny" Klein (60), Vizepräsident des Deutschen Bundestages, war Pressechef der Olympischen Sommerspiele 1972 in München. Kürzlich kehrte er von einer Reise aus China zurück, wo er u. a. den Olympia-Kandidaten und Berlin-Konkurrenten Peking unter die Lupe nahm. Unser Mitarbeiter Ernst Dieter Schmickler sprach mit ihm.

Berliner Zeitung: *Wie stehen Sie zu dem Projekt, Olympische Spiele im Jahre 2000 in Berlin zu veranstalten.*

Hans Klein: Berlin hat ein paar große Schwierigkeiten und hervorragende Chancen, seine Pläne zu verwirklichen. Schwierigkeiten sind einmal die sehr reservierte bis ablehnende Haltung in Teilen der Berliner Bevölkerung und zum anderen die Sicherheitssituation in der Stadt. So lange eben noch das ganze abgewanderte Volk aus dem Westen, das sich in Berlin als Hausbesetzer und in ähnlicher Weise zu betätigen vermochte, leicht aufrufbar ist zu Demonstrationen, die viel Publizität hergeben, dürfte es nicht ganz leicht sein, etwa die Mitglieder des Internationalen Olympischen Komitees, die Repräsentanten der internationalen Fachverbände oder die internationale Sportpresse, die man zu einem solchen Zweck nach Berlin einladen muß, zu überzeugen, daß das ein günstiges Klima ist.

Berl. Zeit. 23.3.92

Preis : 3 Mark
auswärts 4 Mark

Inhalt:

...und ein schicka Umstrukturierungsstadtplan

REVOLUTIONÄRES 1.MAI-PLENUM

Auch dieses Jahr wird es wieder 1000 gute Gründe für eine starke, internationalistische, revolutionäre alle bestehenden Widersprüche fassende 1.Mai -Demo geben.
Klar ist auch, diese Demo beginnt wie immer 13 Uhr O-Platz. Und das ist gut so, denn diese Demo hat eine konkrete Geschichte in diesem Stadtteil. Die Erfahrungen der letzten zwei Jahre lassen jedoch befürchten, daß sich ostspezifische Interessen nur schwer einbringen lassen.
Daß der Kampf gegen die Mieterhöhung im Prenzelberg von dem Kampf gegen die Umstrukturierung in SO 36 nicht zu trennen ist scheint klar. Was wir uns nicht vorstellen können ist, solche Auseinandersetzungen nicht dort zuführen, wo sie konkret anstehen. Was wir noch nicht wissen ist, was sind die Punkte, die uns am 1.Mai verbinden könnten.
Wo liegt die Wut bei jedem Einzelnem ? Und welche Wut wollen wir gemeinsam auf die Straße tragen...

DEMO 13 UHR O-PLATZ ?
EIGENES FEST ?
GEMEINSAMER OST AUFRUF ?
`NE DEMO HIER ?

Kurz, WER KANN SICH WAS MIT WEM UND WARUM zum 1.Mai vorstellen ?
Vielleicht sollten wir ja mal miteinander reden.

TERMIN : 02.04 1992
ZEIT : 20 UHR
ORT : KdW, Neue Schönhauser Str. 9 (Mitte)



500 Jahre Kolonialismus - 500 Jahre Widerstand in den USA

Veranstaltung mit zwei Vertretern des American Indian Movement am Freitag, den 27.3. um 20:00 im Ex, Gneisenaustr. 2a

Am 12.10.1992 sollen die Nachbauten der drei Conquista-Karavellen in San Francisco in den USA landen, um den Abschluß der offiziellen 500-Jahre Kolonialismus Feierlichkeiten zu bilden.

Schon seit Anfang des Jahres mobilisieren das American Indian Movement (AIM), das International Treaty Council und die verschiedenen Native Nations gegen die offiziellen Feiern und für ihre Forderungen nach Selbstbestimmungsrecht für alle Native Nations, nach der Rückgabe des geraubten Landes und der Freiheit für alle politischen Gefangenen aus den Widerstandsbewegungen der Native Americans.

Ende September 1992 organisiert AIM in San Francisco zusammen mit der Freedom Now! Kampagne ein Tribunal zur Situation der Native Americans. Daran anschließend findet ein mehrtägiges Pow-Wow (traditionelle spirituelle und soziale Zusammenkunft) von Native Americans aus den USA und Kanada statt. Und am 12. Oktober wird AIM zusammen mit Organisationen aus den verschiedenen Widerstands- und Befreiungsbewegungen in den USA versuchen, das Einlaufen der drei Karavellen in San Francisco zu verhindern. Gleichzeitig wird in New York eine Demonstration vor der UNO für die Rechte der indigenen Völker stattfinden.

Ein weiterer Schwerpunkt in der Kampagne "500 Jahre Widerstand" in den USA, ist die Forderung nach der Freilassung von Leonard Peltier, der 1976 wegen angeblichen zweifachen Polizistenmordes zu lebenslänglicher Haft verurteilt wurde. 1975 hatte die Bundespolizei, das FBI, im Rahmen ihres Auftstandsbekämpfungsprogramms gegen AIM, einen Angriff auf ein AIM-Camp in der Pine-Ridge-Reservation durchgeführt. Dem Angriff war eine jahrelange Repressionswelle des FBI und rechtsgerichteten Todesschwadronen gegen AIM und AIM-UnterstützerInnen vorausgegangen, in deren Verlauf zwischen 1972 - 1975 300 Menschen vom FBI und den Todesschwadronen ermordet wurden. Die Polizei beschuldigte drei führende AIM-AktivistInnen, darunter Leonard Peltier, dabei zwei Polizisten erschossen zu haben. Leonard wurde auf der Flucht in Kanada festgenommen und an die USA ausgeliefert. Während die anderen beiden AIM-Genossen von einer Geschworenenjury freigesprochen wurden,wurde Leonard in einem gesonderten Prozeß mit Hilfe von gefälschten Beweisen und gekauften ZeugInnen zu lebenslänglich verurteilt. Seitdem sind sämtliche Versuche, seine Freilassung auf juristischem Weg durchzusetzen, gescheitert.

Im Moment befinden sich zwei Vertreter von AIM - Frank Drever und der Rechtsanwalt Lou Gurvitz - auf einer Rundreise durch Westeuropa, um über den Stand der Kampagne in den USA zu berichten und Informationen über den Widerstand hier zu sammeln. Frank Drever ist der Koordinator der Leonard Peltier Kampagne in Kanada und hat als AIM-Mitglied dort u.a. den Widerstand der Mohawks unterstützt; Lou Gurvitz ist Leonard Peltiers Anwalt in den USA.



TAXIFAHRERINNEN UND TAXIFAHRER

Kommt möglichst mit (aber auch ohne Taxe) zur

KUNDGEBUNG

am **1.4.1992 um 16 h**, vor dem Taxidienst am Südstern, Gneisenaustr. 65 1/61

Vor zwei Jahren wurden uns noch große Versprechungen gemacht. Allen sollte es besser gehen, die Lebensqualität steigen. Stattdessen stieg etwas anderes:
- Mieten kletterten um das zwei- bis dreifache in astronomische Höhen. Eine bezahlbare Wohung ist so gut wie nicht mehr zu finden.
- Mehrwertsteuererhöhung, Solidarbeitrag und die Finanzierung des Golfkriegs bedeuteten eine mehrprozentige Lohnkürzung.
- Die Lebenshaltungskosten steigen monatlich. Inzwischen liegt die Inflationsrate bei über vier Prozent, wodurch die Löhne an Wert verlieren

Gleichzeitig wird uns die Berlinzulage, die neben den steuerfreien acht Prozent nocb eine Reihe anderer Vergünstigungen einschloß, weggetrichen. Durch die Berlinzulage sollten die in Berlin unverhältnismäßig niedrigen Löhne ausgeglichen werden. Sie war Teil unseres Einkommens. Während jetzt die Lebenshaltungskosten mehr und mehr ansteigen, wird die Berlinzulage abgebaut. Eine doppelte Lohnkürzung.
Zusätzlich versuchen Berliner Taxiunternehmer die Wiedervereinigung dafür zu benutzen, unsere Löhne noch mehr zu drücken. So bezahlt Berlins inzwischen größter Taxiunternehmer Mohnke unseren Kollegen und Kolleginnen aus dem Ostteil weit unter dem im Westen durchgesetzten Standard aus.
Durch diese Entwicklung verschärft sich der Arbeitsdruch für uns tagtäglich. Um den gleichen Lebensstandard wie früher zu erhalten, müßen wir heute ein bis zwei Schichten im Monat mahr im Taxi sitzen.
Nichr nur im Taxigewerbe sind diese Zustände nicht mehr länger hinnehmbar. In den unterschiedlichsten Branchen rührt sich BRD-weit einiges an Unmut und die Kampfbereitschaft steigt. Im Herbst letzten Jahres gab es bei Schering eine erste Arbeitsniederlegung gegen die Streichung der Belinzulage und unsere Kolleginnen und Kollegen aus dem Dienstleistungsbereich stehen kurz vor dem Streik.
Als Beschäftigte im TAxigewerbe denken wir häufig, daß wir relativ guten Arbeitsbedingungen unterliegen: netter Chef, flexible Arbeitszeiten, gutes Betriebsklima usw. und individuell läßt sich ja auch so einiges regeln.

Das war auch die Einschätzung vieler Leute beim Taxidienst am Südstern. Als sich vor knapp zwei Jahren Fahrerinnen und Fahrer aus dem Betrieb getroffen haben, um über ihre Arbeitsbedingungen zu reden und diese zu verbessern, war es mit dem "guten" Betriebsklima schnell vorbei. Jürgen Arndt, der Chef, war noch nicht einmal bereit, so minimale Leistungen wie Lohnfortzahlung im Krankleitsfall zu gewähren. Damals brachte die Belegschaft ein halbes Jahr lang Unruhr in den Betrieb. FahrerInnenversammlungen, Unterschriftenlisten, Diskussionen und schlechte Fahreinnahmen zwangen den Betrieb schließlich in den Hauptforderungen, wie zum Beispiel der Lohnfortzahlung für Studis nachzugeben.
Ab Herbst letzten Jahres. als sich erneut Unmut im Betrieb regte, kam Jürgen Arndts späte Rache. Nach und nach kündigte er drei Beschäftigten, die sich für bessere Arbeitsbedingungen eingesetzt hatten. Mal der Kilometerschnitt, mal die "Ökonomische Gesamtsituation", und ein anderes mal eine "unzuverläßige Fahrweise" mußten als Begründung für seine betriebliche "Säuberungsaktion" herhalten. Mit der Kundgebung wehren wir uns gegen diese Willkür des Taxiunternehmers und erwarten eine **Sofortige Rücknahme der drei Kündigungen.**
Die erhoffte Ruhe brachten ihm die Kündigungen jedoch nicht. Die Forderungen der Belegschaft blieben:


- **Ausgleich für den Wegfall der Berlinzulage**
- **Bezahlte An- und Abfahrten (insbesondere für Frauen)**
- **Auszahlung der uns rechtmäßig zustehenden Leistungen wie Urlaubsentgeld, Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld**
- **Sicherere Gestaltung der Schlüßelübergabe in der dunklen Toreinfahrt.**

Besonders ingnorant reagiert Jürgen Arndt auf Forderungen, die besonders von Frauen getragen werden. Sicherheitsaspekte bei der Schlüßelübergabe und bei der An- und Abfahrt zum Arbeitsplatz sind für ihn wenig profitträchtig. Statt sich um Besserung zu bemühen setzte er noch einen drauf und verbot ausschließlich Frauen das Abschreiben von Fehlfahrten.
Mit unterschiedlichsten Aktionen haben die Beschäftigten vom Taxidienst am Südstern schon Druck auf den Betrieb ausgeübt. Versammlungen, Flugblattaktionen, gemeinsame Bürobegehungen, offene Briefe und schließlich zwei Klagen der Gekündikten haben die harte Haltung des Betriebes schon etwas aufgeweicht.
Mit der Kundgebung vor dem Taxidienst am Südstern wollen wir, Berliner Taxifahrerinnen und Taxifahrer, die Belegschaft in ihrer Auseinandersetzung mit dem Betrieb unterstützen. Jürgen Arndt soll merken, daß seine Praktiken im Taxigewerbe nicht länger hingenommen werden. Die Kundgebung soll außerdem die Möglichkeit geben, daß wir uns besser kennenlernen und über die unterschiedlichen Bedingungen in den verschiedenen Taxibetrieben austauschen können. Forderungen nach einem finanziellen Ausgleich für die Streichung der Berlinzulage oder nach bezahlten An- und Abfahrten zum Arbeitsplatz betreffen uns alle. Auf der Kundgebeung bietet sich vielleicht die Möglichkeit zu überlegen, wie wir unsere Interessen gemeinsam besser durchsetzen können.

Wir fordern:

- **Einen Ausgleich für den Wegfall der Berlinzulage**
- **Eine Lohnerhöhung, die beträchtlich über den gestiegenen Lebenshaltungskosten liegen muß**
- **Erfüllung der Forderungen von Frauen wie zum Beispiel die bezahlte An- und Abfahrt**
- **Sofortige Rücknahme der drei Kündigungen**

visdp K.Flechtner Wissmannstr. 29, 1/44



Wir wissen zwar nicht viel über AIDS. Aber das, was die herrschende Meinung ist, wagen wir vehement anzuzweifeln.

Wir haben uns ein bischen mit kritischen AIDS-Ansätzen befasst: zum einen mit der multifaktoriellen Theorie, die von Duesberg, Rappoport, Callen u.a. vertreten wird. Sie sagen, daß nicht der HIV-Virus AIDS verursacht, sondern daß eben viele Faktoren -politische, ökologische, gesundheitlich, psychische, ökonomische Faktoren sowie Drogen- die gleichzeitig oder in gegenseitiger Wechselbeziehung auftreten, die Immunschwäche auslösen.

Der Automatismus von HIV = AIDS wird in Frage gestellt und als Mythos kritisiert.

Eine andere Theorie von Lilli und Jakob Segal zweifelt zwar nicht an, daß HIV AIDS verursachen kann, glaubt jedoch, daß eine Frühtherapie bei HIV-Positiven den Virus erfolgreich bekämpfen kann. Sie haben bereits 86 beschrieben, warum sie meinen, daß HIV/AIDS aus dem Kriegsforschungslaboratorium des US-Pentagon zur Schaffung und Erprobung biologischer Kampfstoffe stammt. Der CIA habe im Auftrag des Kongresses mindestens seit 1969 bewußt und gezielt an einem Virus geforscht, der in der Lage sei, menschliches Immunsystem zu zersetzen und nicht mit herkömmlichen Mitteln und Methoden der Medizin bekämpft werden zu können.

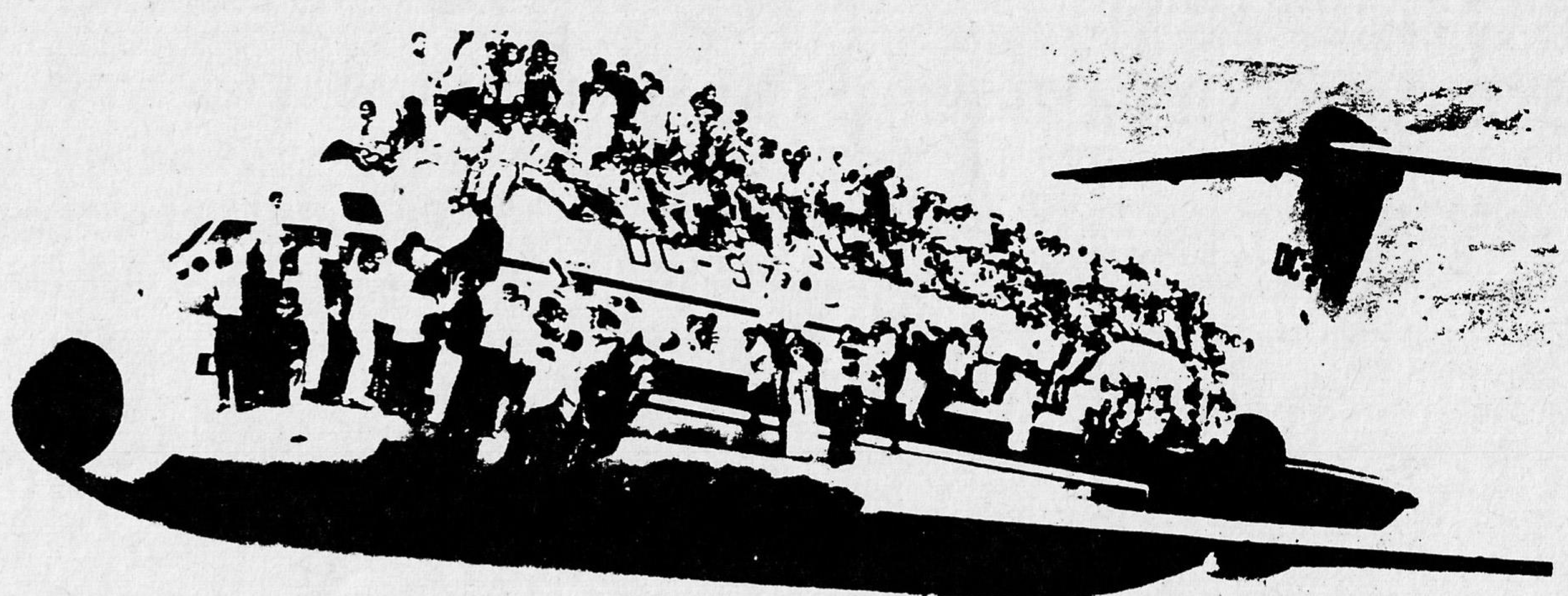
Wir möchten gerne mit Leuten darüber reden und diskutieren. Was wir dann noch darüber hinaus machen können oder auch nicht, wird sich aus den Diskussionen ergeben.

Wir laden euch deshalb ein, am Donnerstag, 2. April 92

um 19 Uhr ins SchwuZ

zu kommen.

da ich mit meiner kritik am alternativen individualtourismus nach gomera,teneriffa,israel,algarve u.s.w. meiner autonomen freundINen an grenzen gestoßen bin bzw. belächelt wurde, begab ich mich auf die suche nach kritischen texten zu tourismus.diese texte sind nur eine kleine auswahl. ich erhoffe mir eine ehrliche auseinandersezzung ~~um~~ bezüglich der kritik an autonomen reiseverhalten,die nicht polemich oder moralisch geführt werden sollte.



Vom Kolonialismus zum Tourismus

Im 19. Jahrhundert konnten nur höhere Einkommensschichten und Bildungsschichten verreisen. Durch stetige Expansion und wohlstandsbedingte Strukturveränderungen ist unsere Reiseintensität sehr gestiegen.

Werfe ich nur mal einen Blick auf meinen Freundeskreis, so stelle ich mit Erstaunen fest, daß es alltäglich geworden ist, für drei Monate nach Südamerika oder nach Asien zu reisen. Je länger und weiter die Reise geht, desto spannender scheint es zu klingen. Viele kennen sich im Ausland besser aus als im eigenen Land. Es geht hierbei um eine Horizonterweiterung, dem Alltag zu entfliehen und Abstand zu ihm zu bekommen. Der Drang nach Abenteuer, nicht selten gekrönt durch die Bewunderung von ZuhörerInnen ist eine weitere Motivation. Was ist es, was uns immer wieder und wieder hinaustreibt in die Welt - sollten wir unser Verhalten nicht einmal genauer unter die Lupe nehmen?

Kann der Erholungswert qualitativ nicht gleiche Dimensionen erreichen, wenn wir zum Beispiel mit dem Fahrrad eine Tour durch den Taunus machen? Sind wir uns überhaupt bewußt, welche negativen Folgen der boomartige Tourismusanstieg hat? Denn Tourismus enthält nur selten einen positiven Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung der Zielgebiete; vielmehr mündet sie in eine wirtschaftliche Abhängigkeit der Zielgebiete, die nicht zufällig sehr arme Länder sind (Asien, Afrika, Südamerika). Unter anderem führt der Ausbau des Tourismus zu einer Steigerung der Bodenpreise und Mieten, die den Einnahmen der Einheimischen nicht mehr gerecht wird. Das Gemeindebudget wird oft durch Ausgaben für Freizeiteinrichtungen belastet die den dort Lebenden oft nicht zur Verfügung stehen.

Die Sehnsucht nach dem Urlaubsparadies, nach der exotischen Abenteuerwelt und die Unzufriedenheit mit unseren Lebensverhältnissen hier, läßt uns in die Ferne reisen.

Dabei wird nur zu gerne vergessen, daß sich hinter den "schönsten Tagen des Jahres" ein Industriezweig, der Tourismus, verbirgt,der sich nahtlos in die kolonialen Wirtschaftsstrukturen einpaßt. Die Mechanismen der Ausbeutung und die anhaltende wirtschaftliche Abhängigkeit der Dritte Welt Länder von den Industriestaaten sind im Weltmarkt bestimmend und prägen damit auch den Tourismussektor.

Diese Strukturen gehen auf die im Kolonialismus gewaltsam durchgesetzte internationale Arbeitsteilung zurück. Die eroberten Kolonien wurden als Rohstoffquellen ausgebeutet, z.B. auf Export ausgerichtete Monokulturen (Landwirtschaft) wurden errichtet, während die Europäer die Industriegüterproduktion entwickelten.

Nach der politischen Unabhängigkeit veränderten sich die kolonialen Wirtschaftsstrukturen kaum. Auch heute noch haben viele der ehemaligen Kolonien die Rolle des Zulieferers von Rohstoffen.

Reisen als Fortsetzung der Eroberung

Und genau diese ungleiche Entwicklung macht es den Menschen der Industrieländer möglich, ihre "entwickelten" Erholungsbedürfnisse dort erfüllt zu bekommen.

Tourismus wurde ab den 70er Jahren in den Trikontländern (den Ländern der Südhalbkugel) vermehrt als entwicklungsfördernder Faktor gesehen. Von ihm wurden hohe Deviseneinnahmen und ein damit verbundener wirtschaftlicher Aufschwung erwartet. Diese Politik wurde auch von der Weltbank unterstützt, die als Kriterium bei der Kreditvergabe an Trikontländer den Tourismusausbau einforderten.

Tourismus als Industrie ist aber auf Expansion und Ausbeutung von Ressourcen angelegt.

Verödete Berghänge im Himalaya oder der kulturelle Ausverkauf von diesen Ländern sind gängige Beispiele und nur einige Folgen der hemmungslosen Verwertung.

Hinzu kommt, daß der Tourismus den erhofften Gewinn nicht einbringt, weil er ein hochgradig importabhängiger Wirtschaftszweig ist; alle Teilbereiche des Tourismusbetriebs verlangen nach importierten Inputs, seien es die Luxushotels, die Gebrauchsgüter für die TouristInnen, der Bau von Straßen etc.

Der größte Teil der Devisen fließt zurück in die wohlbekannten Töpfe der westlichen Industrie.

Die neokoloniale Funktion des Ferntourismus zeigt sich nicht nur in der Fortsetzung der ökonomischen Abhängigkeitsstrukturen, sondern auch in der zerstörerische Wirkung des Tourismus auf die Lebensweise der Menschen, die noch stärker ist als bei der Einführung landwirtschaftlicher Exportkulturen.

K.

Informationen aus: Tourismus und selbstbestimmte Entwicklung - ein Widerspruch. v. Christian Scherrer

Anm. d. Red.: Der Vertrieb und Verkauf der interim auf Gomera wird mit sofortiger Wirkung eingestellt.

Ende des Dornröschenschlafs

EG finanziert Massentourismus auf Gomera

Es ist ein Stück mit ungewissem Ausgang - ein Paradebeispiel und Bumerang zugleich. Denn was derzeit auf der Insel La Gomera in Szene gesetzt wird, könnte aus einem mittlerweile veralteten "Handbuch für touristische Erschließungen" stammen; aus einer wirtschaftspolitischen Regieanweisung, deren Denkmuster die kanarischen Inseln zu einem betonierten Manifest der Reisebranche geraten ließen.

Doch nun, so steht es zu befürchten, schwappt der Erschließungsbazillus auch auf die derzeit nur per Schiff erreichbare Nachbarinsel von Teneriffa über. Am 27. März 1990 hatten die Inselbehörden den POI-Plan (Programma Operativo Intergrado) zur radikalen Modernisierung Gomeras beschlossen und verkündet. Der Plan, dessen Investitionsvolumen umgerechnet 166 Millionen Mark ausmacht, wird zur Hälfte aus dem EG-Fond zur Entwicklung strukturschwacher Gebiete finanziert.

Die Zukunft des bisher eher vom Typus des Individualreisenden besuchten La Gomera gilt nur dann als abgesichert, wenn man dort endlich eine neuzeitliche Infrastruktur schafft - so glauben unisono der Bürgermeister der Insel, die Regierung der Kanaren und das Wirtschaftsministerium in Madrid, die Initiatoren des vermeintlichen Strukturhilfeprogramms.

In erster Linie zählt dazu der Bau eines rund 50 Mio. Mark verschlingenden Flughafens unterhalb des Ortes Alajero, im Süden der Insel. (Weil es auf Gomera keine nennenswerten Ebenen gibt, müssen Bergrücken abgesprengt und Täler für den Bau des Flughafens aufgefüllt werden.) Zu den infrastrukturellen Verbesserungen zählen ebenso der Ausbau des Straßennetzes - der seit Herbst 1990 voll im Gange ist - sowie der Bau eines Yachthafens in Santiago, die Erneuerung des Bewässerungssystems und die Anlage von künstlichen Sandstränden.

Dies alles kann auf der Insel geschehen, weil bis heute für La Gomera noch kein Inselplan besteht, der die einzelnen Nutzungszonen festschreibt. In anderen europäischen Ländern - beispielsweise Deutschland - wäre ein solcher Eingriff in die Struktur einer Region kaum möglich, da gesetzliche Bestimmungen bestehen, denen zu folge die Art der Flächennutzung im voraus in Pläne festgelegt werden muß und außerdem für bestimmte Zonen eines Gebietes bestimmte Auflagen zu beachten sind (Flächennutzungspläne).

Türöffner zu Bau- und Bodenspekulation

Kein Wunder also, daß Pedro A. Medina Calero, Sozialwissenschaftler und Sprecher der Kultur- und Naturschutzgruppe "Guarapo", gravierende Fehlentwicklungen auf seine Heimat zukommen sieht. In einer Stellungnahme zum Sinn und Zweck des POI schreibt er unter anderem: "Die erwähnten Aktivitäten zielen einzig darauf ab, sich mit der für den Massentourismus notwendigen Infrastruktur auszustatten. Tatsächlich sind 68% der gesamten Investitionen allein für tourismusförderne Maßnahmen vorgesehen, während nur 15% unter dem Stichwort "Landwirtschaft" verplant sind und noch weniger, knapp unter 10% (ca. 15 Mio. Mark), für "Proteccion del Medio". Was schlimmstenfalls bedeuten kann- "Umweltschutz" läßt sich ja unterschiedlich definieren - daß darunter das Pflanzen von Geranien zu verstehen ist.

Die Befürchtungen der Gruppe Guarapo, die sich nicht gegen die EG-Unterstützung schlechthin, sondern nur gegen ihre Verwendung wendet, treffen in praktisch allen Belangen zu. Was rein äußerlich wie eine Hilfsmaßnahme zum Abwanderungsstopp der sich seit Jahren entvölkernden Insel (Einwohnerzahlreduktion von 1940 = 28600 auf 1986 = 16700) anmutet, entpuppt sich im Detail betrachtet als Vorstufe zum "harten" Tourismus; als Türöffner der nach oben offenen Bau- und Bodenspekulation.

So wurde eigens ein "Küstenplan" entwickelt, der vier gewaltige Wellenbre-

Immer weiter -

Fernreisen boomen

cher ins Meer hinauszubauen vorsieht. Dies nur, damit man den mit 850 Metern längsten Strand im Westen der Insel dem "Valle Gran Rey", in zwei Becken aufteilen kann, in denen das Wasser dann nunmehr sachte dümpelt [1]. Das Tal des großen Königs" hat das Pech, der einzige Flecken Gomeras zu sein, der für normaltouristische Zwecke überhaupt Sinn macht: Regenarm durch den Passatschatten der Berge im Inselinnern und zudem mit den einzigen Sandstrandstücken des Eilandes ausgestattet, die jetzt noch verbreitert werden sollen. Die Straße dorthin wird derzeit auf neun Meter verbreitert - auf Kosten des bambusgesäumten Flußufers unten im Tal. In Strandnähe selbst wird das Asphaltband auch gleich auf "städtische" 15 Meter Breite zu einer Straße ausgebaut, die den Hafen des Tals mit dem Hauptdorf La Calera verbindet. Wozu das alles gut sein soll, dafür gibt es im spanischen ein äußerst präzises Wort: "Urbanizacion", was den Gomeros angepriesen wird, wie der Himmel auf Erden.

Der einheimische Fluggast ist ein Verlust

Als Pesetengrab sondergleichen könnte sich auch der Flughafenbau erweisen. Was bei der Vertragsunterzeichnung von Miguel Zerolo, dem Transport- und Tourismusminister der Kanarischen Inseln, noch als "das Ende der historischen Benachteiligung der Insel La Gomera" verkauft wird, könnte sich als gigantische betriebswirtschaftliche und ökologische Bruchlandung erweisen. Die geplante Piste zeigt die Widersprüche am deutlichsten. Der Bau wird Unsummen verschlingen und Unmengen Land kosten. Ohnehin wird man nur einen Miniflughafen für kleine Propellermaschinen bauen können. Außerdem wird jeder Urlauber auf Teneriffa erst umsteigen müssen (wahrscheinlich mit Flughafenwechsel, was mindestens drei Stunden kostet) und in der Zwischenzeit ist der Igel per Taxi und Schnellboot längst vor dem fliegenden Hasen am Ziel.

Scheinheilig führen die Befürworter den Nutzen für die Einheimischen über die bessere Verbindung zu den anderen Inseln oder im akuten Krankheitsfall an - aber dann hätte man den Flughafen nicht im Niemandsland, sondern nahe der Hauptstadt projektieren müssen. Außerdem wurde eine Amortisationsrechnung präsentiert, die den Rückfluß der Investitionen in 10 Jahren prophezeit. Allerdings dürfte dann kein einziger Gomero jemals einen Sitzplatz in den Maschinen belegen, denn dieser würde die Einnahmen der Insel, um den Betrag schmälern den ein Tourist (ca. 200 Mark pro Tag und Tourist) ausgeben würde, wäre er statt des Einheimischen geflogen. Auf dieser merkwürdigen Rechnung basieren jedoch jene fünf Millionen DM, die man pro Jahr über den "Aeropuerto" zu erwirtschaften hofft.

Er bedeutet, so Frederico Aguilera Klink vom Institut für angewandte Ökonomie der Universität Teneriffa, daß bei einer 30sitzigen Maschine und täglich zwei Flügen, alle Flüge an 365 Tagen des Jahres ausgebucht sein müssen und jeder Besucher der Insel ca. 200 Mark auszugeben hat. So gesehen ist der einheimische Fluggast ein Verlust von 200 Mark, wenn er das annehmen wollte, was das POI ihm verspricht, nämlich eine zeitsparende und günstigere Verbindung zu den Nachbarinseln.

Das bisher einzige Hotel der Insel liegt im südlichen Santiago und wird von Deutschlands größtem Reiseveranstalter Touristik Union International (TUI) unter Vertrag gehalten. Ganz so als hätte man bei diesem Veranstalter dazugelernt, fällt eine Stellungnahme des Pressereferenten Michael Friedrichs zu den Vorgängen auf der Insel sehr skeptisch aus: "ob´s das alles bringt. Wir haben La Gomera noch eher als Geheimtip im Programm" und so kann er sich auch "kaum Kunden vorstellen" für die eine Flugverbindung " ein entscheidender Faktor ist." Unterschwellig spielt bei Friedrichs wohl eine gewisse Sorge um die Exklusivität des TUI-Angebotes mit, denn sonst hätte er nicht sofort nachgerechnet: "Wer täglich 60 Fluggäste hat, muß zusätzliche Bettenkapazitäten schaffen . . . sonst lohnt sich der Flughafen nicht", und der Wachstumskreisel beginnt sich zu drehen.

Der Traum vom Reichtum

Bisher allerdings kann man von Glück sprechen, daß sich der Baubeginn des Flughafens, der auf den 1. April 1991 festgelegt war, immer wieder verschoben hat. Vielleicht werden die verschiedenen Gegenkräfte doch noch erfolgreicher sein, als die Befürworter des offensichtlichen Verlustprojektes. Allerdings sind andere Maßnahmen, wie Straßenbau und Veränderung des gesamten Ambientes der Insel bereits in vollem Gange. So deutet alles darauf hin, daß das POI ein Programm ist, mit dem die Gomeros eher in die touristische Abhängigkeit entwickelt werden, als daß es ihnen eine eigenständige Zukunft garantiert. Dem will sich die Gruppe Guarapo aber keineswegs beugen, sondern fordert stattdessen, mit dem Geld der EG sinnvoller umzugehen. Dazu gehört, solange kein Inselplan existiert, daß die Verfügung über die bereits gezahlten EG-Gelder mit sofortiger Wirkung versagt wird. Danach müsse Schritt für Schritt ein neues Konzept erarbeitet werden, das bei allen Vorhaben auf die Umwelt Rücksicht nimmt. So würde es nach Meinung von Guarapo auch durchaus genügen, einen Helikopter-Landeplatz statt des geplanten Flughafens zu bauen, um damit in erster Linie der Bevölkerung eine bessere medizinische Versorgung gewährleisten zu können. Gelder, die dadurch eingespart würden, sollten zur Lösung von Sanitär- und Abfallbeseitigungsproblemen eingesetzt werden, damit der Müll nicht länger in die Barrancos (Schluchten) verfüllt wird. Statt den Massentourismus zu fördern, sollte auf dem aufgebaut werden, was bereits vorhanden ist. Denn mit Ausnahme des TUI-Vertragshotels, überwiegen bisher die privat vermieteten Zimmer und Appartments. Guarapo´s Bemühungen zielen auf einen "turismo rural", einen "ländichen Tourismus", weil er beides bewirkt: Einerseits die Arbeit mit und in der Landwirtschaft fortzusetzen, andererseits aber zusätzliche Nebeneinkünfte durch die Zimmervermietung zu erzielen. In Deutschland wird so etwas als das 'Ökomodell von Hindelang'[2] gefeiert, in La Gomera könnte es nach dem gleichen Rezept praktiziert werden.

Ob allerdings, auf Gomera dasselbe Bewußtsein vorherrscht wie in Hindelang ist sehr fraglich. Denn die meisten Leute der Insel glauben dem Bürgermeister, der sich in seinen Wahlreden gegen den Massentourismus ausspricht und vom Einklang von Urlaubern und Natur redet. Gleichzeitig werden Gelder zweckentfremdet und so manchem sein Land für den Straßenbau unter Drohungen zu Niedrigstpreisen abgekauft, nur damit sehr schnell Fakten geschaffen werden. Der Bürgermeister prophezeit für alle den Profit am Urlauberboom, aber es wird sein wie überall: Einige wenige sahnen ab, und für viele andere bleiben nur kleine Bröckchen oder die Krümel übrig.

Daß sich jeder Bewohner der Insel bereits in kühnen Träumen vorstellt, in welchem Maße er von den Veränderungen profitieren könnte, macht sich bei der Akzeptanz der Gruppe Guarapo bemerkbar. Der Sprecher der Gruppe beklagt sich über das fehlende Umweltbewußtsein der Inselbewohner und über das kurzfristige Denken in Gewinnmargen.

Claudia Brözel

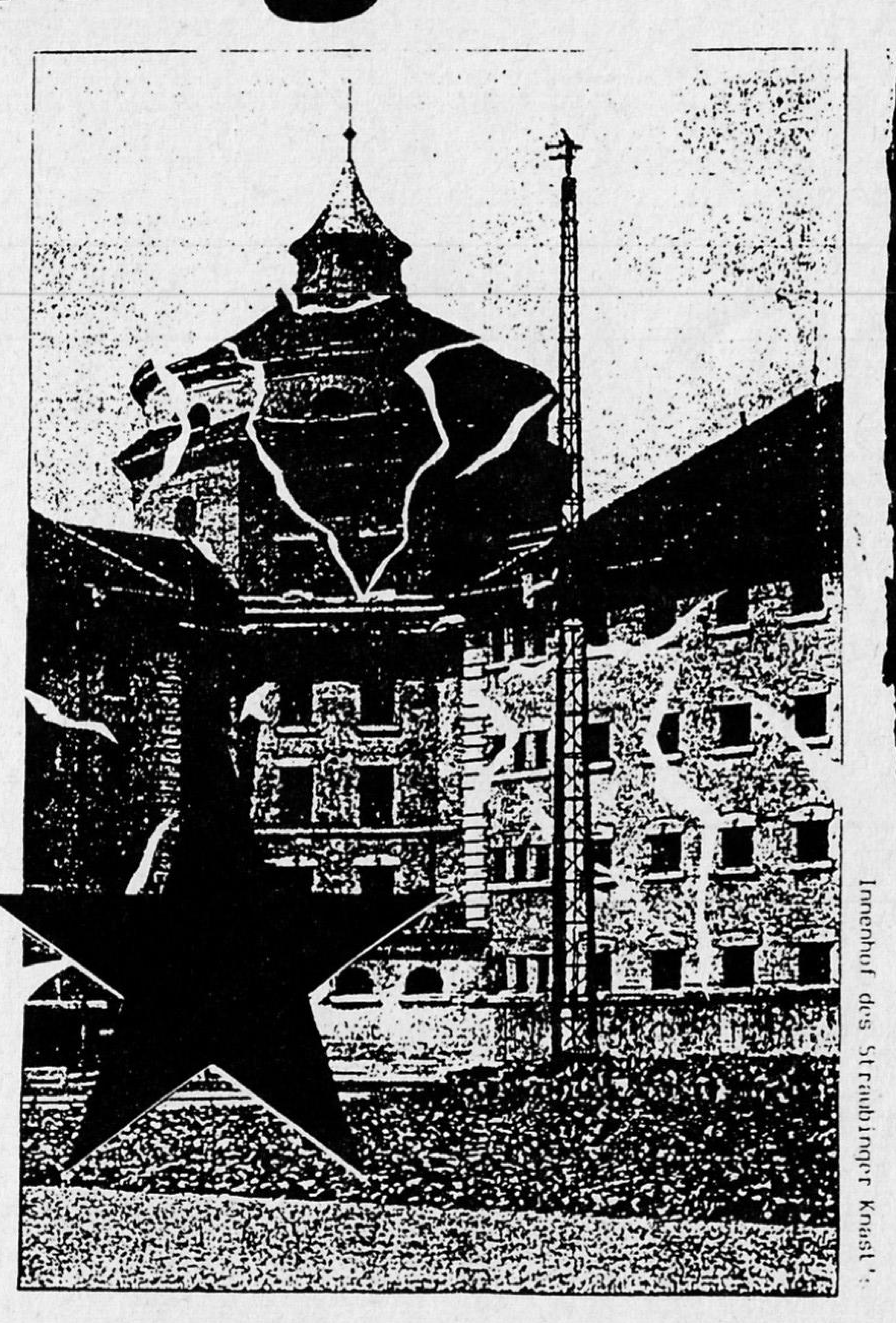


Bernd Rössner muß sofort raus!

FREILASSUNG ALLER haftunfähigen Gefangenen



Demonstration am 17.3.90 in Straubing



Innenhof des Straubinger Knast's

11. April '92 DEMO in Straubing

11 Uhr auf dem Marktplatz

Seit über 20 Jahren gibt es in der BRD politische Gefangene: 20 Jahre Isolationsfolter, Trakte, Zensur, Sondergesetze, Schauprozesse und Gesinnungsurteile - damit muß jetzt endlich Schluß sein! Die Verletzten und durch die Folter erkrankten Gefangenen - Bernd Rössner, Günther Sonnenberg, Isabel Jacob, Ali Jansen u.a. müssen **sofort** raus, weil sie haftunfähig sind!

Für das Leben und die Freiheit der politischen Gefangenen - und als ersten Schritt - Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand und aller dafür kämpfenden Gefangenen! Schluß mit den menschenverachtenden Zuständen und Psychopharmakafolter im Straubinger Knast - Sofortige Schließung von Haus III!

AUF NACH STRAUBING!

Bernd Rössner (Gefangener aus der RAF) sitzt seit 17 Jahren - den Großteil davon in Straubing - im Knast. Er wurde 1975 bei der Botschaftsbesetzung in Stockholm, mit der die Befreiung von 26 politischen Gefangenen aus den Hochsicherheitstrakten der BRD durchgesetzt werden sollte, verhaftet und an die BRD ausgeliefert.
Jahrelange Isolationsfolter, permanente Unterbrechung der Brief- und Besuchskontakte und Bunkerstrafen haben Bernds Gesundheitszustand so angegriffen, daß er seit langem haftunfähig ist. Daran hat auch die Tatsache, daß Bernd seit einigen Jahren im sog. "Normalvollzug" sitzt, nichts geändert. Er hat sich immer wieder gegen diese Zerstörungsversuche gewehrt und hat einen ungeheuer starken Willen, sich nicht brechen zu lassen, während sein Organismus das kaum mehr aushält. Bernd sagt, ihm fehle die frühere Klarheit, er fühle eine Leere im Kopf oder aber: "als ob man mir das Gehirn zusammenpreßt". Auftretende Krankheiten wie massive Konzentrations- und Wahrnehmungsstörungen, Hautkrankheiten und andere physische Symptome sind erwiesene Folgen von Isolationsfolter. Bei der Haftprüfung im Mai '90, nach 15 Jahren wurde seine Freilassung jedoch abgelehnt. Der Beginn der Wiederherstellung seiner Gesundheit ist aber nur in Freiheit möglich!

Entstanden ist die Initiative für die Freilassung von Bernd Rössner, weil sich sein Gesundheitszustand immer mehr verschlechtert und nicht abzusehen ist, wie lange er in dieser Situation noch überleben kann.
Seit langem ist die Zusammenlegung und die Freilassung der haftunfähigen Gefangenen - Günther Sonnenberg, Claudia Wannersdorfer, Ali Jansen, Isabel Jacob und Bernd Rössner - Teil unseres Kampfes.

Mittlerweile gibt es im Staatsapparat - genauer gesagt ausgehend von der Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung (KGT) - Überlegungen zur Freilassung einiger politischer Gefangener, darunter drei der Haftunfähigen. Anfang des Jahres starteten sie eine Medienkampagne. Sie haben darin öffentlich zugegeben, daß es haftunfähige Gefangene und Sonderhaftbedingungen gibt. In der KGT sitzen Vertreter der Justiz- und Innenministerien, der Bundesanwaltschaft, des Bundeskriminalamtes und des Verfassungsschutzes. Mit der KGT wurde im letzten Jahr eine Institution geschaffen, die die nach dem Nazifaschismus auferlegte Trennung von Polizeiapparat und Geheimdiensten wieder aufhebt!

Claudia Wannersdorfer ist seit dem 13.02.92 endlich draußen, ihre letzten 11 Monate wurden zur Bewährung ausgesetzt. Von anderen, z.B. von Günther Sonnenberg wurde klar verlangt, daß er eine Gewaltverzichtserklärung unterschreibt und zusichert, ein "straffreies Leben" zu führen.

Günther hat dies abgelehnt:"Diese Erklärung soll von mir die Bestätigung des staatlichen Gewaltmonopols als etwas ganz normales erreichen. Eine solche Erklärung oder Bestätigung werde ich nicht abgeben. Dies ist meine Verantwortung gegenüber den vielen Millionen Menschen, die aufgrund des Reichtums in den Wohlstandsmetropolen sterben. Und ich werde nie davon abgehen, daß alle vom kapitalistischen Weltmarkt im Elend gehaltenen Menschen ein Recht auf ein Leben in Würde haben." (Aus der Erklärung von Günther Sonnenberg vom 18.02.92)

Für uns kann es nur darum gehen, **selbst aktiv** zu werden. Wir können uns nicht auf Überlegungen aus dem Staatsapparat verlassen!
Wir brauchen jetzt eine starke Mobilisierung!
Beteiligt Euch an den Initiativen, unterstützt die Forderungen der Gefangenen und kommt zur Demonstration!
Nach 20 Jahren Isolationsfolter und Sonderbedingungen ist es der BRD-Regierung nicht gelungen, die revolutionären Gefangenen und mit ihnen auch die Vorstellung einer befreiten Gesellschaft auszuschalten. Was bleibt, ist der Vernichtungswille des Staates gegenüber jedem Ansatz von revolutionärer Veränderung.
Was jetzt als staatlicher "Gnadenakt" verkauft werden soll, ist nach internationalem Völkerrecht sowieso nur das Mindeste: die Freilassung von haftunfähigen Gefangenen.

Wir wollen
- **die bedingungslose Freilassung der haftunfähigen Gefangenen**
- **die Zusammenlegung der revolutionären Gefangenen als Schritt für ihre Freiheit**
- **keine neuen Prozesse gegen einige Gefangene aus der RAF im Zusammenhang mit den Aussagen der KronzeugInnen aus der Ex-DDR**
- **daß Angelika Goder und Ute Hladki, die beide haftunfähig sind, draußen bleiben!**

Wir gehen nach Straubing, weil die dortige Knastleitung - neben der Bundesanwaltschaft und dem zuständigen Oberlandesgericht - eine der Institutionen ist, die für Bernds Situation verantwortlich ist und über seine Freilassung mitbestimmt. Wir wollen ihnen die Tatsache, daß Bernd trotz Haftunfähigkeit dort im Knast sitzt, durch unsere immer wiederkehrende Anwesenheit zum Problem machen.
Gleichzeitig können wir damit erreichen, daß nicht wieder Ruhe um die Zustände im Straubinger Knast einkehrt. Unsere Ausdauer kann dazu beitragen, daß sich endlich was an den menschenverachtenden Haftbedingungen ändert.
Die Forderungen der Straubinger Gefangenen müssen endlich erfüllt werden!
Die Knastpsychiatrie (Haus III) muß sofort geschlossen werden!

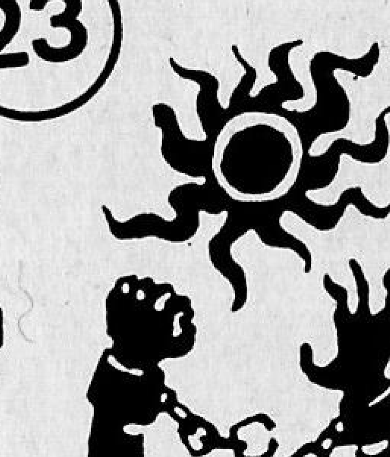
Weitere Informationen gibt es über:

Infobüro Nürnberg
KOMM-Seiteneingang
Tel: 0911/226598
Fr: 17-19 Uhr
Di: 17-19 Uhr (ab Ende März)
Post: c/o Bücherkiste

und
Infoladen Regensburg
Tel: 0941/55555
Mi: 13-16 Uhr
Fr: 13-16 Uhr u.17-19 Uhr
Engelburgergasse 12

Spendenkonto:

Anderkonto - Stichwort Straubing
Kto.Nr.: 1000 655 95
Volksbank Nürnberg BLZ 760 900 00



V.i.S.d.P.: E. van Vossen, Amstelweg 114b, NL-1075 JN Amster

Freiheit für Mumia Abu-Jamal !

Mumia Abu-Jamal ist der einzige der über 150 politischen Gefangenen in den USA, dessen Leben von der Todesstrafe bedroht ist. Sein Fall ist in mehrfacher Hinsicht ein Beispiel für die brutale staatliche Repression gegen den schwarzen Widerstand der letzten 25 Jahre.

Mumia wuchs in den Ghettos der Großstadt Philadelphia im Bundesstaat Pennsylvania auf und radikalisierte sich Ende der 60er Jahre. Mit 16 Jahren wurde er Informationsminister der Black Panther Party in Philadelphia. 1972 ging er ins Panther-Hauptquartier nach Oakland in Kalifornien und arbeitete dort an der Black Panther Zeitung. Zu diesem Zeitpunkt waren die Panther schon lange Zielscheibe des staatlichen Aufstandsbekämpfungsprogramms, COINTELPRO, geworden. Im Zeitraum von 1968 bis 1974 wurden 30 Black Panther AktivistInnen von Polizisten teils auf offener Straße, teils im Schlaf erschossen. Hunderte von Panthers und UnterstützerInnen des schwarzen Befreiungskampfs wurden mit Hilfe einer rassistischen Justiz in die Gefängnisse gebracht. Noch heute werden ca. 30 Black Panther mit lebenslangen Haftstrafen in den Knästen festgehalten, wie z.B. der ehemalige Verteidigungsminister der Black Panther, Geronimo Pratt, der seit 22 Jahren mit kurzen Unterbrechungen in Isolationshaft sitzt.

Die aktuelle Situation

Sämtliche Berufungsanträge von Mumias AnwältInnen gegen das Todesurteil sind abgelehnt worden, zuletzt im Oktober 1990 vom Obersten Gerichtshof in Pennsylvania. Dadurch ist es dem Gouverneur von Pennsylvania, Robert Casey, jetzt juristisch jederzeit möglich, den Hinrichtungsbefehl gegen Mumia zu unterschreiben. Casey hat 1991 zwölf Hinrichtungsbefehle unterschrieben, deren Vollstreckung nur aufgrund von Gerichtsbeschlüssen aufgeschoben wurde. Damit liegt Pennsylvania im allgemeinen "law und order" Trend, der in allen US-Bundesstaaten in den letzen Jahren zu vermehrten Hinrichtungen geführt hat. Insgesamt befinden sich in den US-Todestrakten 2.347 Gefangene, die zu über 50% African Americans sind.

Mumia hat sich jetzt dafür entschieden, den letzten juristisch möglichen Weg gegen das Todesurteil zu gehen und ein Wiederaufnahmeverfahren zu beantragen. Der Anwalt, der sich dazu bereit erklärt, diesen Prozeß und die aufwendigen Recherchen zu führen, ist Len Weinglass, der auch schon Angela Davis verteidigt hat und mehrere Todesstrafenprozesse gewonnen. Weinglass geht davon aus, daß alle Schritte in dem Wiederaufnahmeverfahren zwei bis drei Jahre dauern werden. Um das Verfahren zu führen, werden insgesamt 150.000 US-Dollar benötigt. Ein Drittel dieser Summe ist inzwischen durch eine internationale Spendenkampagne zusammengekommen (davon sind bisher ca. 40.000 DM in der BRD gespendet worden), so daß der Anwalt im Februar 1992 mit seiner Arbeit beginnen konnte.

In den USA haben Angehörige von Mumia und MOVE jetzt ein UnterstützerInnenkomitee in Philadelphia gegründet. Mitglieder des Komitees sind u.a. ehemalige Panther, JournalistInnen, KirchenvertreterInnen, AnwältInnen und community-AktivistInnen. Der politische Schwerpunkt der Arbeit des Komitees liegt auf der Forderung nach der Abschaffung der Todesstrafe in Pennsylvania und Mumias Freilassung. Dafür werden u.a. Veranstaltungen, Solikonzerte und Delegationen zum Gouverneur von Pennsylvania organisiert. In der BRD konzentriert sich die Kampagne weiterhin darauf, Öffentlichkeit zu schaffen und Geld für die Prozeßkosten zu sammeln.

Mumia freut sich über Post (er kann auch Photos und Kopien bekommen): Mumia Abu-Jamal, AM-8335, Huntingdon SCI, DRawer R, Huntingdon, PA 16652, USA

Infos:Komitee "Right On",c/o Schwarze Seele, Falckensteinstr. 46, 1000 Berlin 36 und AGIPA-Press, Eichenbergerstr. 53, 2800 Bremen 1

Spendenkonto: Sonderkonto "Mumia Abu-Jamal", Bank für Gemeinwirtschaft Bremen, Konto-Nr. 100 587 7601, BLZ 290 101 11

BRIEF VON NORBERT HOFMEIER
GEFANGENER AUS DEM WIDERSTAND

13.2.92

lieber ...., liebe ....
ich will gleich schreiben, wie diese 2/3 anhörung war.
ich war ziemlich gespannt darauf, denn nach der öffentlichen ankündigung und diskussion über die freilassung von politischen gefangenen war das ja so eine art probe in der praxis.
es war ein inquisitionsverfahren pur!
und wie diese anhörung abgelaufen ist, wirklich genau in der schärfe wie auch während der gerichtsverhandlungen. steffen, der vorsitzende des olg düsselorf - er ist übrigens auch "zuständig" bei bernd, lutz, hanna, k.h. - ist ganz in seinem element.
auf der einen seite flankiert von zwei weiteren schweigenden olg-richtern, auf der anderen die frau, die das protokoll in die maschine tippt, er diktiert, kommandiert...
"uhrzeit 11.25 h, anwesend sind..." (es waren außerdem noch meine verteidigerin und zwei knast-b. dabei. die baw war gar nicht erst gekommen, sie lehnt die freilassung ja sowieso ab).
danch will steffen das zügig und formal durchziehen. er legt zwei blätter vor sich hin und verkündet, er habe eine anzahl von fragen an mich, zu denen ich stellung nehmen soll; das würde dann protokolliert und in 14 tagen wird das olg dann die entscheidung treffen...
und dann will er loslegen, - es sei denn, ich hätte vorher eine erklärung abzugeben oder möchte etwas sagen, so könnte ich das natürlich tun...
ich hatte kurz vorher erfahren, wie die anhörung bei bärbel am tag vorher (also am 10.2. in essen) war, darum war ich nicht mehr völlig überrascht, - denn ich hatte mir das ganze anders, also gesprächsartiger vorgestellt und hatte mich entsprechend vorbereitet. zu beginn wollte ich etwas sagen gegen diese art von stellungnahmen, die der knast und baw machten, (das wäre vielleicht sinnvoll gewesen, das schriftlich vorzubereiten) - aber egal jetzt, ich hab es dann eben so gesagt. sinngemäß folgendes:
-meiner meinung nach verstoßen die stellungnahmen der baw und des knasts mit den negativen "prognosen" gegen den gleichbehandlungsgrundsatz und gegen den sinn von anhörungsverfahren. es werden nämlich ganz andere kriterien angewendet, als bei "normalen gefangenen"
-mehr oder weniger wird meine politische gesinnung benutzt, es ist die rede von "fluchtanreiz", "rest der strafe sei noch zu hoch", "es müßte mit weiteren straftaten gerechnet werden", es sei ja "eine straftat nach § 129a", ich hätte besuche von "polizeibekannten personen"... um dann "die bedingte haftentlassung abzulehnen". das steht außerdem vollkommen im widerspruch zur öffentlichen diskussion über freilassungen, in der ständig von "normalität und gleichbehandlung" die rede ist, wie z.b. in der fr (10.1.92) "... das ergebnis der kabinettssitzung lautet, raf-terroristen müßten genauso behandelt werden, wie alle anderen straftäter, das klingt nur beim ersten hinhören souverän. in einem rechtsstaat sollte diese handlung selbstverständlich sein! daß sie gerade beim thema terror noch geübt werden muß, belegt, daß es tatsächlich sondergesetze und eine sonderbehandlung für die raf-gefangenen gab und zum teil gibt..."
ich habe dann noch aus einem kommentar in der süddeutschen zitiert vom 3.1., wo an die (wenigen) verurteilten nazifaschisten erinnert wurde und daß dieser staat von 57 zu lebenslänglich verurteilten schon nach 10 jahren über 1/5 rausgelassen hatte.. (wobei ich die zahlen nicht überprüfen kann und auch sonst ist das sone sache... trotzdem fand ich es gut, daß sie das zu lesen und zu hören kriegten)
-außerdem behaupten der knast und die baw, ich würde mich "dem terrorismus verpflichtet fühlen...", und als beweis, ich würde das " auch gegenüber den bediensteten zum ausdruck bringen", da ich mit den b. des knastes keine

Kurdistan

Bonn/Frankfurt (afp/ap) — In der Bundesrepublik und in Brüssel kam es nach den blutigen Unruhen zum kurdischen Neujahrsfest Newroz im Südosten der Türkei zu teilweise heftigen Protestaktionen von Kurden. In Wiesbaden warfen mehrere Jugendliche kurz nach Mitternacht einen Brandsatz in eine türkische Bank, deren Einrichtung in Flammen aufging. 27 Bewohner eines über der Bank liegenden Hotels mußten evakuiert werden. Vier Hotelbewohner erlitten Rauchvergiftungen. Die Feuerwehr schätzt den Sachschaden auf über 200.000 Mark.

In Hannover besetzten rund 100 Kurden eine türkische Bank und zerschlugen Möbel und Computer. Dabei entstand ein Sachschaden von rund 100.000 Mark. In Bremen wurden die Schaufenster einer Bank, eines Geschäfts und mehrerer Reisebüros in türkischem Besitz eingeschlagen. In Berlin kam es zu ähnlichen Übergriffen, aber es entstand nur ein geringer Sachschaden. In Darmstadt verhinderte die Polizei, daß zwei Männer in der Nacht zum Dienstag einen Brandsatz in einer türkischen Bank zündeten.

In Düsseldorf besetzten etwa 300 Kurden am Dienstag vormittag für kurze Zeit das Funkhaus des Westdeutschen Rundfunks (WDR). Anschließend zogen sie in das Foyer des Landtags, wo sie Transparente entrollten und mit Sprechchören gegen die türkische Regierung protestierten. Nach einer Viertelstunde verließen sie das Gebäude, ohne daß die Polizei eingreifen mußte. Auch vor dem Verwaltungsgebäude des Fernsehsenders RTL plus in Köln und im Verlagshaus des 'Kölner Stadtanzeigers' kam es zu friedlichen Protesten. Die „Gesellschaft für bedrohte Völker" rief für Freitag zwischen 10 und 12 Uhr zu einer Mahnwache vor dem Bonner Verteidigungsministerium auf.

In Brüssel besetzten am Montag rund 100 Kurden für einige Stunden den Eingang des Europäischen Parlaments. Drei von ihnen wurden anschließend festgenommen. Zuvor hatten rund ein dutzend Kurden die Fassade der türkischen Botschaft in Brüssel mit Hämmern zum Teil erheblich beschädigt. Auch das Büro einer türkischen Bank und der Turkish Airlines sollen angegriffen worden sein.

gespräche über meine politische überzeugung führe, handelt es sich um eine glatte unterstellung. außerdem hat ja meine anwältin schon vor wochen dagegen beschwerde eingelegt und aufklärung verlangt, wie die knastleitung (köster) zu solchen behauptungen komme... und ich möchte jetzt mal wissen, was denn daraus wurde.

steffen meint, diese sache liege noch bei der baw, er könne dazu nichts weiter sagen.

-für die baw ist dann das zweite beispiel für meine "feste verwurzelung im linksterroristischen bereich..." die literatur, die ich lese, "die ausschließlich aus schriften über widerstand jeglicher art in der gesamten welt besteht..." - ich hab gesagt, das ist wirklich absurd, diese konstruktion - aber außerdem: ich hab eine liste gemacht der bücher, die ich seit 91 gelesen habe und dann festgestellt, daß über 60% über den nazi-faschismus und widerstand gegen nazi-faschismus handeln - und das ist janun wirkich bezeichnend, daß die baw daraus die "verwurzelung im terrorismus" ableitet...

das gefiel dem steffen nicht. er fühlte sich verpflichtet, die baw in schutz zu nehmen, sie hätten sich ja nur auf die angaben des knastes gestützt...etc.

-schließlich behauptet der knast in der stellungnahme auch, ich würde "keinen regelmäßigen kontakt finden zu gefangenen..." - und das stellt ja nun die wirklichkeit völlig auf den kopf und ist nur noch zynisch. das olg selber hat ja die isolationshaftbedingungen gegen uns verhängt, das besteht aus 55 punkten, in denen ausdrücklich festgelegt ist, daß jeder kontakt zu anderen gefangenen und besonders politischen verboten ist, daß alle gemeinschaftsveranstaltungen (aufschluß, umschluß, freizeit, gruppen wie tischtennis, sport-, kulturveranstaltungen...) untersagt sind, bis hin zu einzelduschen, einzeleinkauf!

steffen selber hat mir ja noch während dem prozeß 91 sport und freizeit in düsseldorf untersagt...

und diese bedingungen gelten auch jetzt in strafhaft weiter, die aktuelle situation ist so: vom justizministerium ist angeordnet absolutes kontaktverbot zwischen stefan wisniewski, thomas thoene und mir - zusätzlich wurde neulich noch ein schreibverbot verhängt zwischen uns dreien und der knast (köster) hat disziplinarmaßnahmen angekündigt, falls wir kontakt aufnehmen und z.b. vom sportplatz mit thomas am fenster reden...(ich werd da ja nicht stumm dran vorbeigehen). wenn dann der nrw-justizminister krumsiek in interviews behauptet, in nrw sei "alles normal" - und wenn ich im spiegel lese, "...wenn jetzt gefangene freigelassen werden, dann sei es einfacher die zl einzuführen und dann könnten auch diskussionstreffen aller gefangenen mehrmals im jahr untereinander und mit gesellschaftlichen gruppen stattfinden..." - während wir drei in bochum noch nicht einmal im selben knast miteinander reden können, ja da kann ich das doch alles nur noch als üble täuschung und manipulation ansehen...

so, das waren so ungefähr die sachen, die ich gesagt habe.

jetzt kommt steffen mit seinem fragekatalog:

(einige fragen schreibe ich in klammer, ich bin mir nicht mehr sicher, ob er sie mir überhaupt noch vorgelesen hatte, oder weggelassen hat, weil ich schon die vorfrage nicht beantwortet hatte - ich weiß aber, daß sie der bärbel gestellt wurden)

-wie ist ihr gesundheitszustand? ....(echt frech)

-wie stehen sie zum sprengstoffanschlag von 1986 gegen den bgs?

dazu habe ich bereits in den hauptverhandlungen mehrmals stellung genommen, dazu sage ich hier jetzt nichts weiter. deswegen und wegen raf-mitgliedschaft wurden wir verurteilt und haben ja nun oft genug gesagt, daß beides nicht stimmt.


-(wie stehen sie zu ihrer inhaftierung?)

-(billigen sie den sprengstoffanschlag auf den bgs?)

-wie stehen sie zur gesellschaftlichen ordnung in der brd? welches verhältnis haben sie zur demokratie? demokratie in der brd?

meiner meinung nach gehört es nicht zu anhörungsverfahren, die politische einstellung abzufragen. - andere gefangene würden das ja schließlich auch nicht

gefragt - oder? solche fragen sind ein inquisitionsverfahren, dazu werde ich nichts sagen.
außerdem verstehe ich diese frage nicht, die sache wurde doch in der öffentlichkeit so dargestellt, daß es keine "abschwörrituale" mehr geben solle - und als beispiel aus der süddeutschen vom 11.1.92: "...die umstrittene entlassung sollte nach ansicht der anstaltsleiter nicht davon abhängig gemacht werden, daß sich gefangene von den zielen und methoden der raf lossagten. ein solches abschwören sei für die prognose als lippenbekenntnis völlig wertlos. da diese forderung von vielen gefangenen als demütigung und erniedrigung empfunden werde, sollte das abschwören nicht länger zur bedingung für eine vorzeitige entlassung gemacht werden..."
-werden sie durchsetzung ihrer politischen ziele gewalt einsetzen?
-wie stehen sie zum bewaffneten kampf? sprengstoffanschlägen? mord?
ich habe bereits gesagt, daß ich dazu nichts mehr sagen werde.
-(wie stehen sie zur raf?)
-(wie stehen sie zu den aktionen gegen herrhausen, rohwedder?)
-wie ist ihre einstellung zur zeitschrift "zusammen kämpfen"?
ich habe gesagt, das sei ja nun wirklich nicht der sinn eines 2/3 anhörungsverfahrens, mich auch noch nach der meinung über zeitschriften zu fragen; - außerdem: daß überhaupt so eine frage gestellt wird, das ist bezeichnend für die politischen verhältnisse in der brd - ich bin der meinung, es sollen alle zeitschriften frei zugänglich und zu lesen sein...
-haben sie sich an hungerstreiks beteiligt?
ich werde mich auch weiterhin mit allen mir möglichen mitteln dafür einsetzen, daß ich die möglichkeit habe, auch mit meinen freund/innen politisch diskutieren zu können..., daß ich mich an hungerstreiks beteiligt habe, dürfte ja bekannt sein.
-ob ich mich an hungerstreiks in zukunft beteiligen werde?
-welche ziele ich mit der zusammenlegung verfolge?
-warum mir das zusammensein mit normalen gefangenen nicht ausreicht?
ich hab daraufhin jeweils nur nur noch gesagt, daß ich das ja schon beantwortet hätte.
-wie stellen sie sich, wenn sie vorzeitig entlassen würden, ihre persönliche zukunft vor? wohnung, arbeit, soziale kontakte, kinder...
wie aus dem schreiben meiner anwältin bekannt, hätte ich eine wohnung, arbeit - zunächst müßte ich mich natürlich erholen.... und mit beziehungen, kindern, das wird sich dann konkret herausstellen.
dann wurde mir das protokoll vorgelesen, berichtigt - und das wars dann. (ich wollte noch kurz in dem raum bleiben, um mit meiner anwältin zu reden - steffen meint, er sei nicht zuständig, das zu entscheiden und sie jetzt erstmal essen gehen...: und die kanst-b. meinten, ohne trennscheibe nein, das ginge nicht...)
was diese anhörung für die angekündigten freilassungen bedeutet, wird sich bald zeigen, - unsere entlassung hatten sie ja nicht angekündigt, und bei den stellungnahmen der baw/knast, war eigentlich auch nicht viel anderes zu erwarten.
ich denk aber, es hat durchaus einen sinn, solche anhörungen zu machen, denn wenn nicht, würden wir es ihnen ja zu einfach machen "sand in die augen streuen", verwirrung zu stiften mit ihrem gerede von "normalität..., kein abschwören mehr..." etc.
darum fand ich auch gut, daß von den angehörigen (und auch von anderen gruppen) auf diese freilassungsdiskussion sofort reagiert wurde mit einem aufruf: sofort alle haftunfähigen gefangenen freizulassen, bernd, günter, ali, claudia, isabel - + freiheit für alle politischen gefangenen!! als sie gemerkt haben, wir nutzen das thema aus, war auch gleich wieder funkstille - und jetzt mal sehen, das hängt natürlich von uns ab.



Zu Zionismus, Antizionismus, Rassismus und andere Diskussionen in den letzten Ausgaben/ne etwas ungeordnete Bleiwüste

- Wenn zwei Völker ein und dasselbe Land beanspruchen, dann ist keine Revolution möglich ? Aber wie denn sonst ?. Eine Grundvorraussetzung für Revolution ist doch gerade das Überwinden von Nationalismen.
- Wenn von der Vertreibung der PalästinenserInnen die Rede ist, bleiben oft die, die in Israel selbst leben, unerwähnt.

- Vielleicht liegt es auch an meinem mit Luxus verklebten Metropolenhirn, daß ich mir nicht vorstellen kann, nach Jahrzehnten, Jahrhunderten, Ansprüche auf ein bestimmtes Stück Land zu stellen. So hab ich mir auch noch nie die Mühe gemacht, die Basken zu verstehen, obwohl das auch eher mit meinem schmalen Geldbeutel zu tun hat. Das ist zu teuer für mich und da frag ich mich doch, was wollen die eigentlich? So treibt mich auch hier meine Ignoranz, dazu zu fragen, warum nehmen sich die Leute aus Palästina nicht einfach Jordanien. Ansonsten könnten wir ja versuchen, ihnen hier ein Stück Land zu befreien, denn schliesslich ist Deutschland der eigentliche Verursacher

- Die Leute, die da Seiten über Zionismus füllen, scheinen zu vergessen, daß es auch einen linken Zionismus gab, Kibuzimbewegung...
- Antisemitisch ist es von der "Fremdheit Israels im Voderen Orient" zu schreiben. Diese Fremdheit Israels wird uns dann sehr deutlich, wenn wir der Frage nachgehen, wo die 2 Millionen iranischen Juden geblieben sind.
- Sehr ungenau, wenn nicht sogar ein Wiederholen von imperialistischer Propaganda, ist die Feststellung von "Israelfeindlichkeit...Bestandteil des palästinensischen Massenbewußtseins" während des Golfkrieges. Die Demos, von denen da die Rede ist, waren nicht groß genug, um als "Massenbewußtsein" verkauft zu werden

In der Nummer 180 - Radiartikel - fällt in Zusammenhang mit patriarchalischen Strukturen bei den Roma der folgende Satz: "Viele Flüchtlinge sind es nicht gewohnt, abstrakte Diskussionen über Imperilismus, Patriarchat und Rassismus zu führen. Dies ist dadurch verständlich, da die meisten Flüchtlinge aus ihrer ökonomischen Lage heraus, gezwungen waren praktisch zu werden und ihre Lebensumstände bzw. Klassenlage andere sind als die der meisten UnterstützerInnen, die meist aus einem kleinbürgerlichen Spektrum kommen, eine Schulbildung haben, Zeit und Geld hatten sich weiterzubilden und sich deshalb auf der abstrakten Ebene zurechtfinden können."

Der Satz ist bewußt aus dem Zusammenhang gerissen und soll nur für eine autonomInnentypische Geisteshaltung stehen, für Leute, denen 13 Jahre nicht genug sind, die sie das Leben als Privilegierte studieren lies, denen tierisch was abgeht, wenn sie einenneuen Begriff "einführen" können, deren "Analysen" den Stil von Uni-referaten haben (immer schön mit Anm.) oder so gerne abkürzen(Abk. von Abk. is Abk.). Dass dann ~~MW~~ ein/e Normalo/a nur noch Bahnhof versteht, ist nicht nur beabsichtigt (Denn ihr seid ja die Elite), sondern heißt dann die "abstrakte Ebene". Reden wir stattdessen von der dreizehnten Ebene, die der/die Spieler/in dann erreicht, wenn er/sie zulange mit dem Gameboy rumspielt und schliesslich zu solchen mutiert.

Wir könnten uns jetzte an dem puren Rassismus des Satzes festbeissen, denn die Untertöne sind eindeutig: "Leider können sie keine abstrakten Diskussionen führen, deshalb sind sie auch so patriarchalisch." Ausserdem liest sich unschwer die zweifelhafte Notwendigkeit der "abstrakten Ebene" heraus. Nun, das ist nicht alles. Abstraktion hat nichts mit Befreiung zu tun, sondern im Gegenteil, die abstrakte ist die dreizehnte Ebene, nämlich die von Herrschaft. Die vordergründigen Inhalte mögen ja mal revolutionär gewesen sein, verkehren sich aber ins Gegenteil wenn sie plötzlich ARZ+Antirassistisches Zentrum), FLZ+Frauen Lesben Zentrum) oder F.e.l.S.+Für eine linke Strömung) heissen. "Abstrakte Diskussionen" sind der Grund wieso die Leute auf der Straße mit der Linken nichts anfangen können, wie sollten sie auch, wenn sie viel zu oft die Parolen und Flugblätter



aufgrund ihrer "fehlenden" Schulbildung garnicht verstehen können. Vermittelt wird, wenn überhaupt ausserhalb der "scene", dann nur dem Bürgertum, aber nicht den proletarischen Schichten. "Abstrakte Diskussionen", das sind Fremdwörter, Abkürzungen (aus studentischer Manie) und das, liebe Automaten ist Herrschaftssprache und gehört auf den Müllhaufen der Geschichte.

Das Wort "abstrakt" hat in einer linksradikalen Öffentlichkeit nur Scheisse zu suchen. (Anna Ski fordert Zensur)

Noch kurz was zu RZ - und ähnlichen Aktionen

Anschläge auf Ausländerbehörden oder zb. das Abfackeln der Reisebusse gegen das Abschieben in die ex-ddr könnten leicht zu Mißverständnissen führen, denn sie sind sehr schwer außerhalb der Szene vermittelbar (schlimmgenug, daß die jetzt aufgelöste RZ das noch nicht mal beabsichtigt hatte). Als schlichte Meldung in der Presse können solche Geschichten für Ottonormal (insbesondere auch für "AusländerInnen") auch als rassistisch rüberkommen (So mußte ich bei dem Teil gegen die Busse erstmal gut schlucken, denn vordergründig hats ja genau das gebracht, was die Faschos wollen. So läßt sich das außerhalb von Berlin ~~xxx~~ verstehen. Es wäre auch durchaus vorstellbar, daß sich Faschos im Osten mit dem Anschlag gebrüstet hätten und es gibt sicherlich auch Nazis, die Ausländerbehörden anstecken, nur weil das Wort da drin steckt...

Zum Schluß noch n paar politische Ansätze, um Teutschland in Widerspruch zu seinen Verbündeten zu bringen:

- Die vom 17. November aufgestellte Forderung nach Reperationszahlungen für Griechenland wegen der deutschen Besatzung mehr in die Öffentlichkeit bringen.

Vielleicht kann Grossdeutschland im Ausland noch schlechter gemacht werden, wenn man bestimmten Medien im Ausland Informationen über Naziaktivitäten zukommen läßt. Das, was sie hier als Informationen aus den deutschen bürgerlichen Medien rausgesaugt haben, hat die Amis immerhin schon dazu veranlaßt, kohl & Co den Rüffel zu geben, daß sich die Deutschen nicht so haben sollen, bei so kleinen Flüchtlingszahlen.

Es wäre zwar peinlich für Teile der deutschen Linken, denn sie läßt **Nazis** lieber abschieben (Polacek), andererseits aber auch nicht ohne **Ironie**, wenn die mossad in Kühnens Addressbuch rumblättern könnte. Es müßten halt die geldgeilen Medien in den jeweiligen Ländern rausgefunden werden, die solche Nachrichten vermarkten würden. (So führte der Kampf um Werbeminuten auch schon mal dazu, daß RTL in seiner Anfangszeit nen 20 Minutenbericht über ein in Köln besetztes Haus brachte.)

Gerade die britische Presse gibt sich gerne anti-deutsch. Es wäre doch interessant, wenn das nicht wegen der deutschen Nicht-Golfmassacker- beteiligung wäre, sondern ihre Bedenken wegen Wiedervereiterung noch mehr auf den Punkt gebracht würden. Gerade der Fall mit dem Flüchtling, der zuerst aus Somali und dann aus der BRD flüchten mußte oder die deutsche Weigerung mit den Menschenrechtsgeschichten für Roma...

Umgekehrt hätte das auch noch nen anderen Effekt, wenn dann vor fremden Türen gekehrt wird. Ähnlich dem, wenn lang genug über die Leiden in Bautzen öffentlich gelitten wird, daß dann vielleicht auch mal der Groschen nach Stammheim fällt oder überhaupt über Knast nachgedacht wird.

Naja, vielleicht sind das auch nur Spinnereien

Presseinfo - Kurzaufruf

STÖREN WIR DEN OST-WEST WIRTSCHAFTGIPFEL IN MÜNSTER AM 8./9. MAI!

Anfang Januar schwappte es durch die lokale bürgerliche Presse zu uns rüber - und uns klappten die Kinnladen runter: Für den 8./9. Mai lädt Möllemann die Wirtschafts- und Handelsminister der G 7-Staaten (die mächtigsten Industrienationen der Welt) nach Münster ein, um dort u.a. den WWG in München (Abschlußerklärung) und die internat. Umweltkonfrenz in Rio de Janeiro vorzubereiten. Vor allem aber steht die wirtschaftliche Situation und die Schuldenfrage der Osteuropäischen Staaten auf der Tagesordnung der Schweine. Genau dazu werden die entsprechenden Minister der GUS, CSFR, Polen, Ungarn u.a. (?) für dieses Treffen eingeladen. Möllemann und Presse nannten das ganze bislang treffend "G7-Treffen", "Vor-WWG" oder "Mini-WWG" - doch nach der Zügelung durch Kohl ("der Begriff WWG oder G7 sei nur den Staatschefs vorbehalten) bekam das Kind nun einen anderen Namen: "Ost-West-Wirtschaftsgipfel" soll zudem suggerieren, daß hier gleichwertige Verhandlungspartner aus Ost und West an einem Tisch sitzen werden. Daß der Beutezug des westlichen Imperialismus gen Osten nichts von Gleichberechtigung hat, dürfte allerdings allen klar sein. In seiner Bedeutung ist dieses Treffen Symbol für den endgültigen Sieg des westlichen Kapitalismus über alle anderen Wirtschaftsmodelle, insbesondere denen des real-existierenden Sozialismus - und das pünktlich zum 500. Geburtstag des europäischen Imperialismus und vor dem Hintergrund der europäischen Abschottungspolitik (»Festung Europa«).
Nicht ohne Grund soll das Treffen in Münster am 8.Mai starten - dem 47. Jahrestag der militärischen Niederlage des deutschen Faschismus. Für diesen Tag die "Bettelbrüder aus dem Osten" hierher einzuladen, heißt nichts anderes, als dem Revanchismus mit einer endgültigen Demütigung der Völker des Ostens einen erfolgreichen Höhepunkt setzen zu wollen. Daß dieser Tag in Münster wie ein Volksfest gefeiert werden soll - Möllemann händeschüttelnd durch die Bürgermassen ??? (siehe Presseartikel) - setzt den Plänen der Schweine noch die Krone auf !

Was wir bisher planen...

Wir wollen und werden es nicht hinnehmen, daß die Stadt am 8. Mai im Jubel und Suff erstickt. Wir werden mit vielfältigen Aktionen versuchen dieses "Volksfest" zu stören. Deshalb ist es uns besonders wichtig, daß viele Menschen von überall her die Stadt anfüllen und sich Aktionen ausdenken.
Am 9.Mai findet dann um 12 Uhr eine bundesweite Großdemonstration statt.
Am 8.Mai abends 20 Uhr gibts überregionale Demobesprechung, mit Infos zur Stadt (Stadtpläne), EA, Sanis, Pennplätze verteilen etc.
Außerdem können wir noch den Rest der Nacht gemeinsam bestimmen (z.B. den Schlaf der Schweine stören oder was auch immer).

Zur Vorbereitung

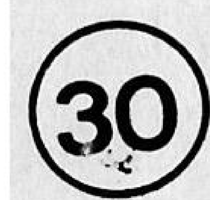
Am 4. April gibts überregionales autonomes Vorbereitungstreffen für alle Aktionen, die in Münster passieren sollen.
Ort: KSG, Frauenstr. 3-7, ganz in der Nähe der Uni (Schloßplatz)
Zeit: 11 Uhr

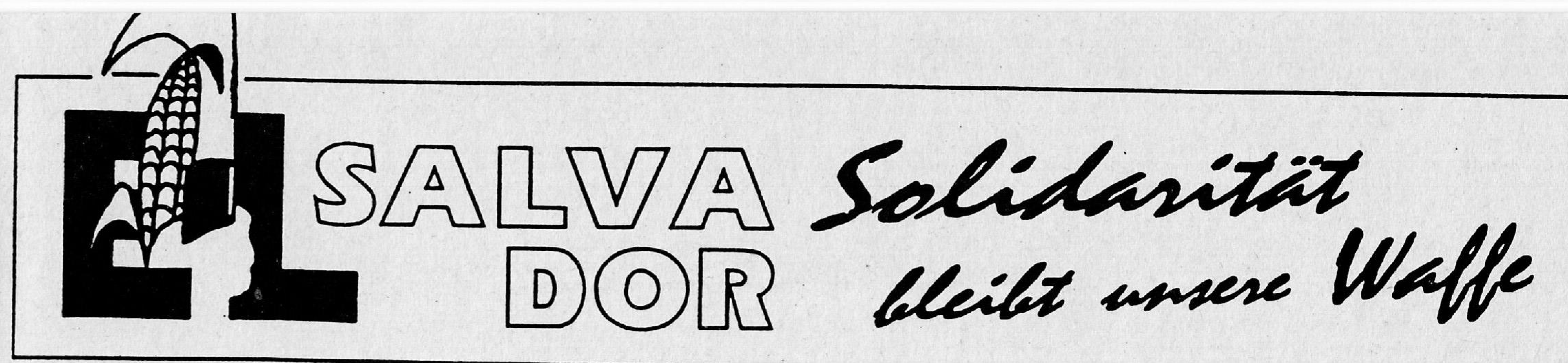
In Kürze wird das "WWG-Infotelefon" regelmäßig besetzt werden
Es ist bei der GAL und hat die Nummer 0251/662066.
Ruft an - sagt mit wieviel Leuten ihr aus eurer Stadt kommt und wieviel Pennplätze ihr braucht usw.

Ansonsten noch das übliche, aber superdringend: wir brauchen Kohle !!

Spendenkonto: R. Sagel
Kto.: 104 068 564
SSK Münster - BLZ 400 501 50
Stichwort: G7

autonomes WWG- Plenum,
c/o Umweltzentrum, Scharnhorststr.57, 4400 Münster





Nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens zwischen der salvadorianischen Regierung und der FMLN hat "die tageszeitung" (taz) ihre vor 12 Jahren begonnene Spendenaktion "Waffen für El Salvador" eingestellt. Im Rahmen der Kampagne waren über 4,7 Millionen DM an Spenden eingegangen, die ohne Auflagen an die salvadorianische Befreiungsbewegung FMLN weitergeleitet wurden.

Die taz begründete die Einstellung der Spendenkampagne damit, daß sie nach dem Friedensschluß obsolet sei. Die El Salvador-Soligruppen teilen diese Position nicht, da es bei der Kampagne, immer um eine politische und materielle Unterstützung der FMLN gegangen ist und daß diese natürlich weiterhin notwendig ist. Die Auseinandersetzungen sind mit dem Inkrafttreten des Waffenstillstandsabkommens natürlich nicht beendet, sondern werden auf die politisch-ideologische Ebene verlagert. In diesen Kämpfen braucht die FMLN verstärkte internationale Untersützung, denn die Gegenseite (Armee, Regierung, traditionelle Parteien) wird massiv aus der Privatwirtschaft und von ausländischen Geldgebern (Regierungen, politische Stiftung usw.) unterstützt. Der Vorschlag der Soligruppen einer Umwidmung der Kampagne fand indessen bei der taz wenig Gegenliebe. Die taz wollte die Spendenaktion auf jeden Fall abschließen. Sie war zu einer Zeit ins Leben gerufen worden, als sich die taz noch als "linke radikale Zeitung" definierte und paßt heute, wo sie (bis jetzt relativ erfolglos) ihren Platz im liberalen Spektrum sucht, nicht mehr ins Image dieser Zeitung.

So ergriff die Infostelle El Salvador und einige Menschen aus anderen Soligruppen die Initiative, verfaßten einen Aufrufentwurf für eine neue Kampagne zur Unterstüzung der FMLN und richteten ein Konto ein. An die taz traten sie mit der Bitte heran, den Aufrufentwurf abzudrucken bzw. in ihrem Artikel zur Einstellung der Spendenkampagne "Waffen für El Salvador" wenigstens auf die neue Kampagne und das neue Konto hinzuweisen. Nicht einmal dazu fand sich die taz bereit, so daß sich die Soligruppen entschieden den Aufrufentwurf mit der Überschrift "Neue Waffen für El Salvador" in der taz als **bezahlte Anzeige** zu veröffentlichen.

Am 16. Februar fand in Frankfurt das erste Bundestreffen der neuen Kampagne statt. Dort verständigten sich die 15 anwesenden VertreterInnen von Solidaritätsgruppen auf das Motto "Solidarität bleibt unsere Waffe -- Unterstützt die FMLN" und verabschiedeten einen endgültigen Aufruf. In den ersten 3 Wochen sind bereits über 6.000 DM auf das neue Konto eingegangen. In den nächsten Monaten und Jahren wird sich entscheiden, ob das Friedensabkommen tatsächlich die Tür für eine soziale Entwicklung in El Salvador eröffnet hat. Dies hängt entscheidend von der politischen Stärke der FMLN - - und damit auch von unserer Solidarität - ab.

Spendenkonto: BFG Heidelberg Nr. 1088 787 700 (BLZ 672 101 11) Informationsstelle El Salvador e.V.

UNTERSTÜTZT DIE FMLN

Die Spendenkampagne geht weiter!
Neues Konto: BfG Heidelberg, Kto-Nr. 1088 787 700 (BLZ 672 101 11)
Informationsstelle El Salvador e.V., Heerstr.205, 5300 Bonn 1

AUS LYON

BATAILLES DE RUES

Communiqué des squatters et habitants
de la Croix-Rousse.

SAMEDI 14 MARS

Nous avons appelé, hier soir samedi 14 mars à 18H30, à une manifestation-carnaval contre les expulsions et la spéculation immobilière.

Partie de la place de la Cx-Rousse, elle a sillonné les pentes une bonne heure, drainant avec elle les habitants du quartier révoltés contre les méfaits des promoteurs et urbanistes. Cette manifestation progressait dans le calme et remontait vers le jardin des Plantes après être passée devant le commissariat de la place Sathonay quand, deux personnes en queue de cortège furent arrêtées et agressées à coups de matraques par des policiers en civil puis amenées au commissariat.

Révoltée par la violence de cette provocation, la manifestation fit demi-tour vers la place Sathonay pour réclamer la libération de ces personnes.

Immédiatement, les CRS chargent sans sommations, inondant la place de grenades lacrymogènes. La manifestation se replie alors place Cx-Paquet pour faire une assemblée générale. Après une heure de délibération, l'assemblée décide l'envoi d'une délégation pacifique au commissariat du 1er arrondissement.

Les CRS font alors irruption sur la place, chargeant avec une violence injustifiée. Une partie de l'assemblée, traquée à coups de matraques, arrive à se réfugier au Rap'Thou tandis que, sous un nuage de gaz CS lacrymogène remontant jusqu'au 3ème étage des immeubles, l'autre partie se fait massacrer sur place par les CRS, frappant sans distinction manifestants, habitants du quartier, passants.

Le Rap'Thou subit plusieurs attaques de la police qui, à tir tendu, blesse plusieurs personnes dont certaines grièvement. Des locataires à leurs fenêtres sont aussi la cible des tirs lacrymogènes.

Face à ce déchainement de violence, l'autodéfense du quartier se met spontanément en place, non pas dans une volonté d'affrontement mais pour ne pas se laisser imposer l'état d'urgence.

Il est à noter que nombre de déprédations relevées par la presse, se faisant l'écho fidèle de la prefecture, furent commises par les forces dites de "l'ordre". A ce titre, de nombreux habitants du quartier nous ont informé de leur volonté de porter témoignage des violences policières.

Pour le leur permettre, une permanence est ouverte à l'imprimerie M.A.B. 37 rue Burdeau de 10H à 12H et de 14H à 20H.

LUNDI 16 MARS - 6H

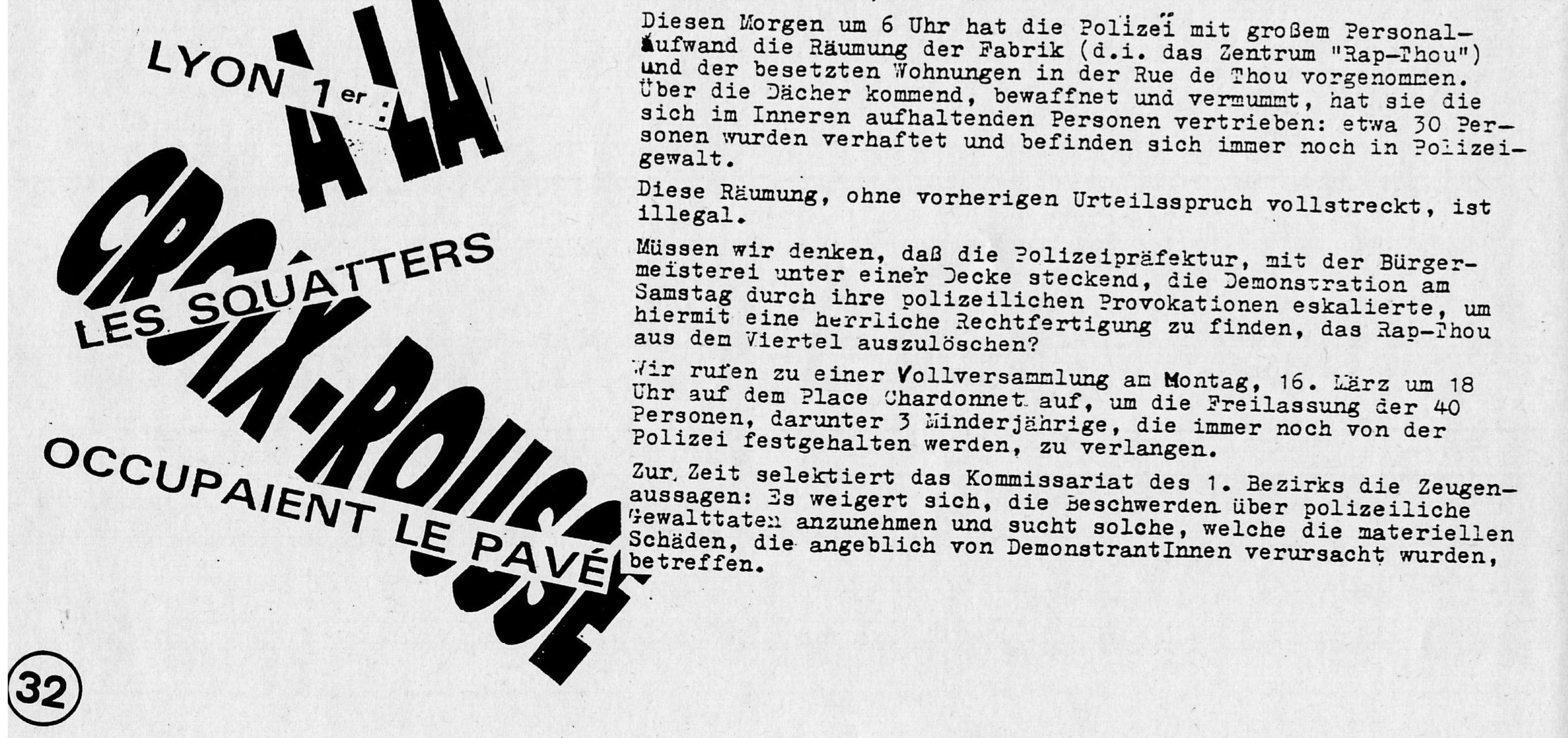
Ce matin, à 6H, la police, à grand renforts d'effectifs, a procédé à l'expulsion de l'usine et des appartements squattés rue de Thou. Passant par les toits, armée et cagoulée, elle a délogé les personnes présentes à l'intérieur : environ 30 personnes ont été arrêtées et restent encore sous le contrôle de la police.
Cette expulsion, exécutée sans jugement préalable, est illégale.
Devrons-nous penser qu'après avoir fait dégénérer la manifestation du samedi 14 mars par ses provocations policières la prefecture, de mèche avec la mairie, trouve ici une splendide justification pour rayer du quartier le Rap'Thou ?

Nous appelons à un

rassemblement lundi 16 mars à 18H
place Chardonnet,

pour réclamer la libération des 40 personnes, dont 3 mineurs, toujours détenues par la police.

A l'heure actuelle, le commissariat du 1er arrondissement sélectionne les témoignages : il refuse de recevoir les plaintes des violences policières et recherche celles concernant les dégâts matériels prétendument causés par les manifestants.



Letzte Nachricht: Alle Festgenommenen sind wieder frei. Die zwei während der Demo verhafteten haben am 11. Mai einen Prozeß.

Erklärung der BesetzerInnen und BewohnerInnen des Croix-Rousse

Wir hatten für den Abend des 14. März zu einer Kundgebung gegen Zwangsräumungen und Immobilienspekulation aufgerufen.

Vom Place de la Croix-Rousse beginnend, hat die Demonstration die Hänge eine gute Stunde lang durchstreift, dabei die BewohnerInnen des Viertels aufsaugend, die gegen die Missetaten der Baulöwen und Städteplaner sind. Sie bewegte sich in aller Ruhe vorwärts und stieg Richtung Jardin des Plantes wieder auf, wobei, als sie das Kommissariat Place Sathonay passierte, zwei Personen am Ende des Zuges von Zivilpolizisten festgenommen, mit Schlagstöcken angegriffen und dann auf das Kommissariat abgeführt wurden.

Sich über die Gewalttätigkeit dieser Provokation empörend, machte die Demonstration eine Kehrtwendung zum Place Sathonay, um die Freilassung der Personen zu verlangen.

Sofort und ohne Ankündigung griff die CRS, den Platz mit Tränengasgranaten überflutend, an. Also fand sich die Demonstration am Place Croix-Paquet wieder zusammen, um eine Vollversammlung abzuhalten. Nach einer Stunde Beratung beschloß die Versammlung, eine friedliche Delegation zum Kommissariat des 1. Bezirks zu schicken.

Daraufhin fiel die Polizei mit ungerechtfertigter Gewaltanwendung auf den Platz ein. Ein Teil der Versammlung flüchtete sich, von Schlagstockhieben verfolgt, in das Rap-Thou, während, unter einem Tränengasnebel der bis zum dritten Stock der Häuser reichte, der andere Teil von der CRS massakriert wurde, die ohne Unterscheidung auf DemonstrantInnen, AnwohnerInnen und PassantInnen einprügelte.

Das Rap-Thou überstand mehrere Angriffe der Polizei, welche dabei mehrere Personen verletzte, einige davon schwer. Die MieterInnen an ihren Fenstern wurden ebenfalls zur Zielscheibe von Gasgranatenschüssen.

Angesichts dieses Ausbruchs der Gewalt begann die Selbstverteidigung des Viertels spontan, nicht mit dem Willen zu provozieren, sondern um sich nicht den Notstand aufzwingen zu lassen.

Es ist anzumerken, daß zahlreiche der Sachschäden, welche von der Presse, die sich zum treuen Sprachrohr der Polizeipräfektur macht, hochgespielt werden, von den sogenannten "Ordnungs"-kräften verursacht wurden. Zahlreiche BewohnerInnen haben uns über ihre Bereitschaft informiert, die polizeilichen Gewalttaten zu bezeugen.

Um ihnen dies zu ermöglichen, haben wir eine Vertretung in der Druckerei M.A.B., 37 rue Burdeau, 69001Lyon, Tel. 78309797, eröffnet.

Montag, 16. März, 6 Uhr.

Diesen Morgen um 6 Uhr hat die Polizei mit großem Personalaufwand die Räumung der Fabrik (d.i. das Zentrum "Rap-Thou") und der besetzten Wohnungen in der Rue de Thou vorgenommen. Über die Dächer kommend, bewaffnet und vermummt, hat sie die sich im Inneren aufhaltenden Personen vertrieben: etwa 30 Personen wurden verhaftet und befinden sich immer noch in Polizeigewalt.

Diese Räumung, ohne vorherigen Urteilsspruch vollstreckt, ist illegal.

Müssen wir denken, daß die Polizeipräfektur, mit der Bürgermeisterei unter einer Decke steckend, die Demonstration am Samstag durch ihre polizeilichen Provokationen eskalierte, um hiermit eine herrliche Rechtfertigung zu finden, das Rap-Thou aus dem Viertel auszulöschen?

Wir rufen zu einer Vollversammlung am Montag, 16. März um 18 Uhr auf dem Place Chardonnet auf, um die Freilassung der 40 Personen, darunter 3 Minderjährige, die immer noch von der Polizei festgehalten werden, zu verlangen.

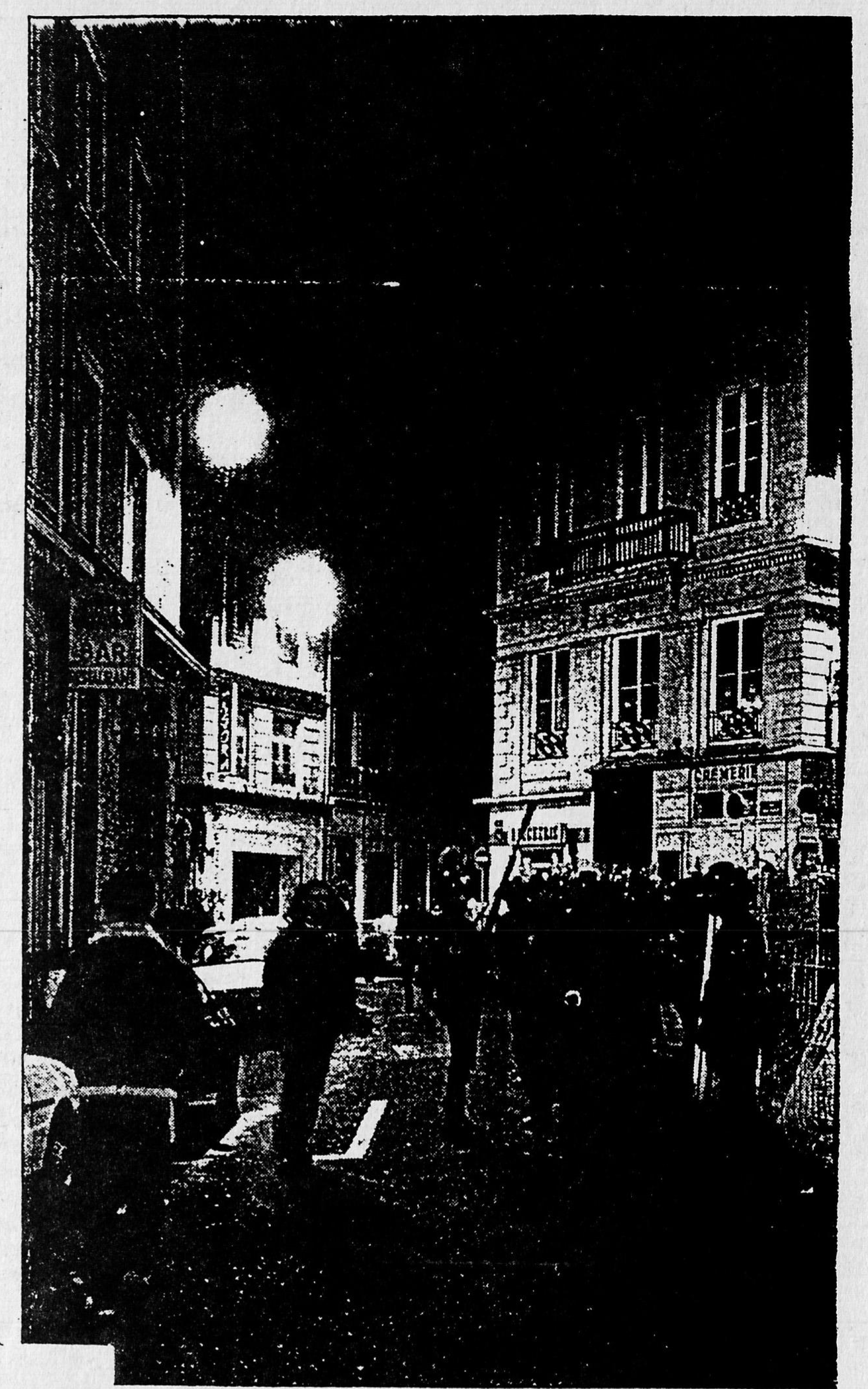
Zur Zeit selektiert das Kommissariat des 1. Bezirks die Zeugenaussagen: Es weigert sich, die Beschwerden über polizeiliche Gewalttaten anzunehmen und sucht solche, welche die materiellen Schäden, die angeblich von DemonstrantInnen verursacht wurden, betreffen.

Eine Nacht der Gewalt auf den Hängen

Samstag abend, eine unruhige Nacht im 1. Arrondissement. Über 5 Stunden lang bieten sich Besetzer und Polizisten mit Steinwürfen und Tränengasgranaten gegenseitig die Stirn.

"Keine Reichen ins Viertel, kein Viertel für die Reichen!" unter diesem Slogan sollte eine friedliche Demonstration stattfinden. Den BesetzerInnen der Rue de Thou, einer kleinen Sackgasse nahe des Place Croix-Paquet im 1. Arrondissement, zufolge handelte es sich nur darum, sich gegen Zwangsräumungen zu wehren, indem sie ein großes Straßenfestauf dem Place Croix-Rousse organisierten. Dies anläßlich des Endes des gesetzlichen Winters, während dem Zwangsräumungen nicht erlaubt sind.

La guérilla des squatters



Aber das Fest hat sich ziemlich schnell verändert. Gegen 18 Uhr beschlossen mehr als 200 Personen, die BesetzerInnen unterstützt von verschiedenen alternativen und anarchistischen Gruppen des Viertels der Hänge, sich auf die Bürgermeisterei zu stürzen um ihre Unzufriedenheit auszudrücken. Sie sind gegen verschiedene Modernisierungs- und Stadtentwicklungsprojekte, die seit einigen Monaten in diesem Teil des Croix-Rousse stattfinden. Das Rathaus, das von einem Polizeikordon geschützt ist, wird nicht erreicht, die DemonstrantInnen werden gegen 19 Uhr 30 auf die Bürgermeisterei und das Kommissariat des 1. Arrondissements am Place Sathonay abgedrängt. Ersteres Gebäude wird zur Zielscheibe von Farbeierwürfen, während die AufrührerInnen sich eifrig auf das relativ ungeschützte Kommissariat stürzen. Farbeier und Pflastersteine werden geworfen, die Scheiben des Kommissariats und drei davor geparkte Autos, darunter 2 Polizeiautos, beschädigt. Im Verlauf des Abends wurden alle Spuren der Ausschreitungen sorgfältig entfernt, nichts bleibt außer den zersprungenen Fensterscheiben.

VCHAUD

CROIX ROUSSE: LA RESISTANCE

Nuit de violences sur les Pentes

Gleichzeitig verstärkten die Polizisten ihre Kräfte und das Störfeuer der Ordnungskräfte konnte beginnen. Ein Bushaltestellenwartehaus oberhalb der Platztreppe wurde von auf die *CRS gerichteten Stein- und Flaschenwürfen zerstört, während die Polizisten mit Gasgranaten antworteten. Insgesamt dauerten die Krawalle in diesem zentralen Viertel Lyons mehr als 5 Stunden. Die DemonstrantInnen trafen sich in kleinen Gruppen, um die Polizisten zu stören. Dabei profitierten sie von der Geographie der Hänge und dem Gewirr der Gassen, um sich ganz nach ihrem Willen umzugruppieren oder zu verschwinden.


Im Verlauf der Nacht wurden mehr als 120 Polizisten der Einsatzbereitschaft, der CRS, der städtischen Polizei und der Antikriminalitätsbrigade in dem Dreieck zwischen Place Croix-Paquet, Place Sathonay und dem Jardin des Plantes mobilisiert, mitten in die verblüffte Menge, die Samstags im diesem Ausgehviertel stets groß ist.

Während der Auseinandersetzungen, die bis etwa 2 Uhr nachts dauerten, als sich die DemonstrantInnen in ihr besetztes Haus in der Rue de Thou zurückgezogen hatten, wurden 6 Polizisten verletzt. Die BesetzerInnen forderten die Leute auf, über Nacht bei ihnen zu bleiben, aus Furcht vor einer Räumung, welche bis zum frühen Morgen nicht stattgefunden hat.

18 Personen wurden während der Krawalle festgenommen, von denen 13 in Untersuchungshaft bleiben. Einige von ihnen dürften heute morgen dem Staatsanwalt vorgeführt werden. Zum Verdruß der Grünen-Rhône, die gestern verlangten, sie zur Beschwichtigung freizulassen.

Le Figaro (konservative Tageszeitung), Montag, 16.3.92
Gekürzt.

*CRS = SEK



geklaut aus der
Direkten Aktion

Die „Europäische Gemeinschaft" der Spießbürger

Eurorechte im Aufwind

In den letzten Monaten hat es in mehreren europäischen Ländern Wahlerfolge für rechtsextreme Parteien gegeben. Hier folgt eine kleine, und ganz sicher unvollständige Zusammenstellung über den europaweiten Trend nach Rechts.

Schweiz

In der Schweiz haben gleich mehrere Gruppierungen den Durchbruch geschafft. Eindeutiger Wahlsieger ist die »Schweizer Auto Partei/Die Freiheitlichen«, die ihren Stimmenanteil von 2,6% auf 5,1% steigern konnte und mit 8 Abgeordneten ins Bundesparlament eingezogen ist. Die Auto-Partei ist gegen einen EG-Beitritt, fordert einen starken Staat im Kampf gegen Drogen und Kriminalität und machte nicht zuletzt die Asylfrage zum Thema ihres Wahlkampfs. Ihr Eintreten für einen hemmungslosen Individualverkehr und das bewußt anti-ökologische Image der Partei sind die bedeutendsten Unterschiede zu anderen Rechten, hier sind Streitereien vorprogrammiert.

Ebenfalls Fraktionsstärke erlangten die »Schweizer Demokraten« (vormals »Nationale Aktion«), die in vielen Fällen Listenverbindungen mit der Auto-Partei und der »Nationalen Aktion gegen Überfremdung« eingingen. Diese Listenverbindungen und einzelne lokale Verbesserungen (Bern, Basel-Land) bescherten den SD 5 Abgeordnete, das sind 3 mehr als bei der letzten Wahl, obwohl der Stimmenanteil landesweit von 3,2% auf 2,9% zurückging.

Sensationelle Ergebnisse erzielte im Tessin die »Lega dei Ticinesi«. Die Partei hat sich nach dem Vorbild der norditalienischen Ligen organisiert, die mit ihren rassistischen, regionalistischen, auf „Bewahrung der Heimat" ausgerichteten Progammen, dort den traditionellen Faschisten des MSI den Rang ablaufen und z. T. erdrutschartige Einbrüche ins rechts-bürgerliche Lager verzeichnen konnten.

Im Tessin scheint die Entwicklung in dieselbe Richtung zu gehen. Die Lega erreichte auf Anhieb 23,6 % der Stimmen und gewann damit 2 Mandate im Bundesparlament. Im zweiten Wahlgang zum Ständerat (Vertretung der Kantone, vergleichbar dem Bundesrat) setzte sie ihren Triumphzug mit 29,8% fort.

Zwei zusätzliche Ergebnisse machen den rechten Wahlsieg perfekt. Die evangelikale »Eidgenössisch Demokratische Union« gewann mit 3,4% in Bern erstmals ein Mandat. Bei der EDU handelt es sich um klerikale Abtreibungsgegner, die sich einst von der »Nationalen Aktion« abgespalten haben. Sie wendet sich ebenfalls gegen eine „Überfremdung der Schweiz" und hetzt insbesondere gegen Angehörige des islamischen Gläubens.

Im Kanton Schwyz trat die neo-nazistische »Patriotische Front« zur Wahl an, die auch durch zahlreiche Brandanschläge auf Asylunterkünfte von sich reden machte. Obwohl von vorneherein keine Aussicht auf ein Abgeordneten-Mandat bestand, gaben 6,5% der Wähler den Neonazis ihre Stimme.

Österreich

Die »Freiheitliche Partei Österreichs« hat es geschafft das Parteienspektrum der Alpenrepublik zu sprengen. Bereits bei der Landtagswahl in Kärnten wurde die FPÖ zweitstärkste Partei hinter den Sozialdemokraten. Die Landtags und Gemeindewahlen in Wien bestätigten den Trend, die FPÖ konnte mit 22,6% (23 Mandate) die Christdemokraten auf Platz 3 verdrängen.

Partei-Chef Jörg Haider verkündete das Ende des „Roten Wiens", die FPÖ hatte Zuwächse von 12,8% und ist bei den Jungwählern besonders erfolgreich. Die FPÖ tritt als moderne „liberal-konservative" Rechtspartei auf, ihr charismatischer Führer Haider ist für einen guten Teil des Erfolgs verantwortlich.

Wichtigste Wahlkampfthemen waren die „Überfremdungsfrage", wobei sich die Partei als „Innländerfreundlich" bezeichnet und auf plattes Ausländer-Raus Geschrei verzichtet, sowie der Filz und die Korruption der Altparteien in Wirtschaft und Politik.

Derzeit läuft ein Versuch, unter dem Motto „Österreich den Österreichern" ein Volksbegehren zu starten, u.a. soll in der Verfassung ein „Schutz vor Überfremdung" festgeschrieben werden.

Die hießigen Rechtsextremnen orientieren sich immer stärker am „Modell Haider". Das moderate Auftreten der FPÖ imponiert der Neuen Rechten in der BRD, bei einer Modernisierung, der zu großen Teilen immer noch „traditionalistisch" ausgerichteten deutschen Rechtsparteien wird die Programmatik und Vorgehensweise der FPÖ sicher eine bedeutende Rolle spielen.

Belgien

Ebenfalls für großes Aufsehen sorgte der »Vlaams Block«, der bei den belgischen Parlamentswahlen zu einer der stärksten Kräfte in Flandern avancierte. Landesweit steigerte sich der Vlaams Block 1,9% auf 6,6%, was 12 Mandate bedeutet – in Flandern liegen die Separatisten bei 10,4%. Die größten Zuwächse hatte der Vlaams Block in den Arbeitervierteln, in seiner Hochburg Antwerpen ist er mit 25% die stärkste Partei und plant für das nächste Jahr die Machtübernahme. Das Wahlmotto lautete: „Selbstverteidigung. Das eigene Volk zuerst", visuell untermalt von 2 Boxhandschuhen.

Die 5 zentralen Wahlkampfthemen waren.
1. Einen souveränen unabhängigen Staat Flandern.
2. Sofortige Rückführung aller Ausländer aus nicht EG-Ländern.
3. Gegen die Macht der politischen Interessensgruppen, „Sprachrohr des kleinen Mannes".
4. Kampf den Drogen und der Kriminalität.
5. Für eine reaktionäre Familienpolitik.

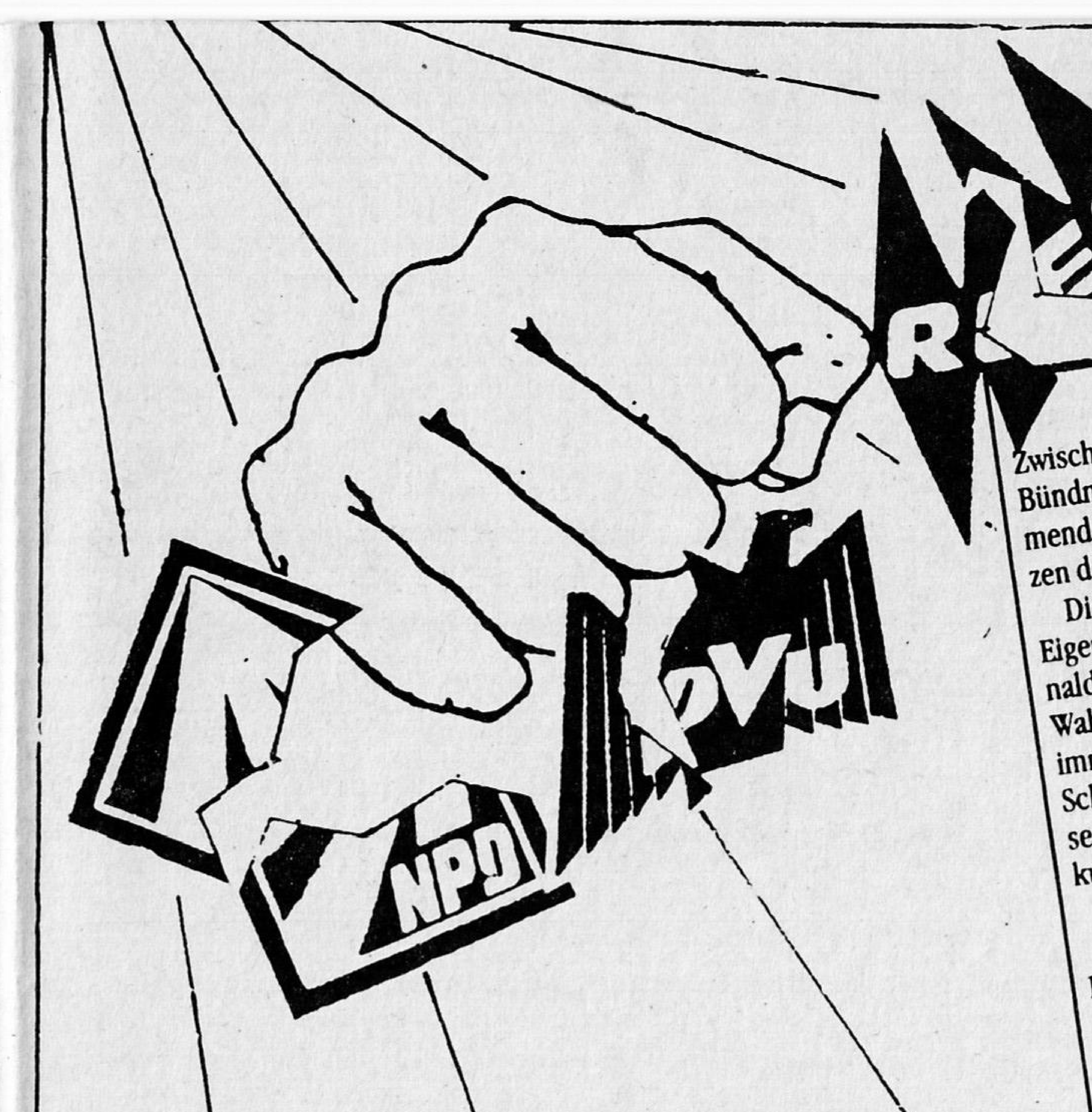
Der Vlaams Block ist längst über das Stadium einer Protestpartei hinaus, das wurde bei dieser Wahl besonders deutlich, da die flämischen Proteststimmen an eine andere Gruppierung, die anarchistische Partei ROSSEM, gingen.

ROSSEM erhielt in Flandern 8%, das sind landesweit 3,2% und 3 Abgeordnete. Die Partei wurde nach ihrem Gründer, den anarcho-Millionär Jean Pierre van Rossem benannt, der wegen Wahlbetrugs und Steuerhinterziehung im Knast sitzt. In Wallonien trat erstmals die rechte »Front National« an, die einen Sitz erreichte.

Schweden, Polen

Auch in Schweden und in Polen sind nationalistische bzw. reaktionär-katholische Parteien auf dem Vormarsch. Selbst in Schottland und Wales konnten nationalistische Parteien, mit ihrem Ruf nach einem eigenen Staat parlamentarische Erfolge verbuchen. So verschieden die einzelnen Gruppierungen sind, kristallicren sich doch gewisse Gemeinsamkeiten heraus. Nationalismus, Kleinstaaterei und Abschottung nach außen, Ausländerfeindlichkeit und Euro-Rassismus treten bei allen als Programmatik auf.

Mit populistischer Agitation gaukelt man außerdem eine „Politik der sauberen Hand" vor, als der richtige Sachverwalter des kleinen Mannes wird ein starker Staat gefordert, der die Korruption und den bürokratischen Filz beseitigt, die Kriminalität bekämpft und ruhige Straßen verspricht.



Einheit zerbricht

Zwischen der NPD und Gerhard Freys DVU gibt es Ärger, das seit längerem bestehende Bündniss scheint zu platzen. Entgegen einer früheren Vereinbarung werden bei der kommenden Landtagswahl in Schleswig-Holstein keine NPD Mitglieder auf vorderen Listenplätzen der DVU vertreten sein.

Die NPD hatte damit eigentlich fest gerechnet und deshalb schon frühzeitig auf eine Eigenkandidatur verzichtet. Frey hat außerdem klargestellt, daß die DVU die Nationaldemokraten bei den Wahlen in Baden-Würtemberg nicht unterstützen wird. Durch den Wahlerfolg in Bremen gestärkt, hat der rechtsextreme Medien-Mogul das Interesse an der immer bedeutungsloser werdenden NPD verloren. Die Deutsche Liga hatte der DVU in Schleswig-Holstein ebenfalls Unterstützung angeboten, Frey reagiert jedoch in grenzenloser Selbstüberschätzung mit heftigen Presse-Attacken, die nach allen Regeln der Kriegskunst geschrieben sind.

»Europa Vorn«

DVU zieht sich zurück

Die Freude über den eigenen Wahlerfolg hielt bei der »Deutschen Volks Union« nicht lange an. Nachdem Hans Altermann Fraktion und Partei verlassen hatte und zur Deutschen Liga überwechselte (s. *direkte aktion* 90), sind nur wenig später 4 von 11 DVU Stadtteilverordneten zurückgetreten. Karin Savarino gab ihr Mandat mit der Begründung zurück, sie habe von ihrer Kandidatur nichts gewußt und sei ungefragt auf die Wahl-Liste geraten. Drei weitere DVU'ler gaben aus Angst vor Antifaschistischen Aktionen ihren Sitz ab, Bremer Antifas hatten den Rechten zuvor unmißverständlich deutlich gemacht, daß sie nicht gewillt sind den faschistischen Parlamentsaktivitäten tatenlos zuzuschauen.

Deutsche Rundschau

Ökologen und „Heimatschützer" in einem Boot

Zwischen rechten Ökologen und Heimatschützern / Regionalisten kommt es seit einiger Zeit zu verstärkten Kontakten. Es gibt verschiedene kleinere Gruppierungen, die an den theoretischen Punkten Ökologie, Heimat, Föderalismus, Nationalismus und Multikulturelle Gesellschaft über Gemeinsamkeiten diskutieren und auch imer stärker über eine koordinierte Zusammenarbeit berät.

Eine Schlüsselstellung nehmen dabei die *»Unabhängigen Ökologen Deutschlands«* ein, die sich von der ÖDP abgespalten haben. Nachdem selbst der ÖDP ein Linksruck unterstellt wurde, sind die »Unabhängigen Ökologen« ein neuerlicher Sammlungsversuch. Es finden sich Alt-Aktivisten aus dem ökofaschistischen Spektrum, Ex-Republikaner und langjährige Nationalrevolutionäre z. B. von der Zeitschrift »Wir Selbst« wieder, zu den Promis zählen Herbert Gruhl und Baldur Springmann. Auf einer Tagung im September letzten Jahres erschienen auf Einladung der UÖD Vertreter der Bayernpartei, des Fränkischen Bundes, von »Wir Selbst«, und dem Sachsenbund.

Außerdem bestehen auch gute Verbindungen zur Öko-Union und ein Leserbrief des Generalsekretärs der »Deutschen Zentrumspartei« in der aktuellen Ausgabe der UÖD Zeitung zeigt, daß auch in Kreisen klerikaler Abtreibungsgegner ein reges Interesse an einer Zusammenarbeit besteht.

Trotz teilweiser inhaltlicher Unterschiede kam die Übereinstimmung in den grundsätzlichen Fragen eines ökolgisch ausgerichteten, patriotischen und „ethnisch-föderalistischem" Deutschland deutlich zum Ausdruck, der Ruf nach einer gemeinsamen parteipolitischen Organisierung war nicht zu überhören. Entscheidenden Einfluß wird das Konzept einer regionalistischen (landsmannschaftlichen) Gliederung mit weitestgehendster Autonomie der Landesverbände haben. Bei der programmatischen Entwicklung wird die UÖD mit ihrer großen Anzahl langjährig erfahrener Aktivisten bestimmend sein.

»ÖKOLOGIE« (Zeitung der UÖD)

Italienische Neofaschisten sind wieder im Kommen...

Die italienischen Neofaschisten organisieren sich wieder im ganzen Land unter neuen Namen, aber mit den alten „Führern", welche Stefano Delle Chiae, Paolo Signorelli, Franco Freda und Sandro Saccucci heißen. Diese vier Männer haben alle eine ähnliche Lebensgeschichte; sie alle gehörten der rechtsgerichteten Terrorszene an, hatten lange Gerichtsprozesse ohne dann abgeurteilt zu werden („Wir hatten gute Anwälte", sagte einer von ihnen), distanzierten sich von der MSI (der it. faschistischen Partei) und haben eine Leidenschaft für die Politik. Diese Passion ist so groß, daß sie in dem Moment in die politische Öffentlichkeit zurückkehrten, als die MSI unter ihrem moderaten Leiter Gianfranco Fini eine ihrer größten Krisen aufgrund einer Wahlniederlage hatte.

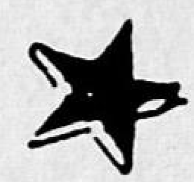
Diese moderate Führung war es, die den Neofaschisten Delle Chiae und den Ex-leader der MSI Pino Rauti dazu veranlassten, eine neue Partei, die „Lega Nazional Popolare" zu gründen. Andere bekannte Neofaschisten, wie Saccucci und Lello Graziani unterstützen diese neue Bewegung.

Franco Freda, der vor Gericht gestellt worden war, weil er eine Bombe auf der Piazza Fontana gelegt hatte (was die Polizei zunächst auf Anarchisten wie Pinelli zu schieben versuchte). Er wurde freigesprochen und ist einer der Leiter der »Fronte Nazionale«, der Nationalfront, die vor allem in der Lombardei in Friuli, Veneto und Kalarbrien aktiv ist. In Interviews nimmt Freda kein Blatt vor den Mund. Er gibt offen zu, daß die Nationalfront rassistisch gesinnt ist. „*Rassismus heißt für uns, unseren Wurzeln treu zu sein und andere Wurzeln zu respektieren.*" Paolo Signorelli, der Theoretiker der neuen »Dritten Position« im Neofaschismus ist ebenfalls wieder aktiv. Er macht Propaganda und hält Vorträge über den Terrorismus von rechts während der 70er Jahre, in dem er auch eine Rolle spielte.

Ein großer Teil der neueren Gewalteinbrüche kommt von den „Disoccupati Italiani Nazionalistsi" (den nationalistischen Arbeitslosen). Sie sind die Gruppe, die sich dazu bekannte einen Brandanschlag auf das »Corto Circuito«-Sozialzentrum verübt zu haben, bei dem ein junger Eriträer umgekommen war. Eine ähnliche Gruppe ist die »Gruppo Movimento Politico«, eine Bewegung, die Skinheads und Hooligans um sich sammelt und sie dann zu Faschisten macht. sie aber von allen Rechtsparteien fernhält. Diese Gruppe terrorisiert Immigrantenunterkünfte und alternative Projekte. Ihre Mitglieder haben kein Interesse an politischen Systemen oder historischen „Führern", aber sie werden von älteren Faschisten als Sturmtruppen für die Durchsetzung der nationalistischen Revolution benutzt. Soweit sind die neueren Gruppen noch nicht vereinigt und sogar manchmal im Streit untereinander, doch wenn ein charismatischer „Führer" auftaucht, ist eine Vereinigung dieser Gruppen gut möglich.

(Quelle: »Avvenimenti«, Nr. 47, Dez. 1991)



Durchsuchungswelle kam in Bremen an! 

Am 9. März 92 haben in Bremen über 20 Bullen den Bremer BürgerInnen gegen Atomanlagen-Infoladen und den Infoladen 'Umschlagplatz', sowie 2 Privatwohnungen vom Vorstand des BBA-Infoladens durchsucht. Die zweistündige Durchsuchung wurde vom Amtsgericht Bremen genehmigt und der Kripo (K73) aus Bremen ausgeführt.

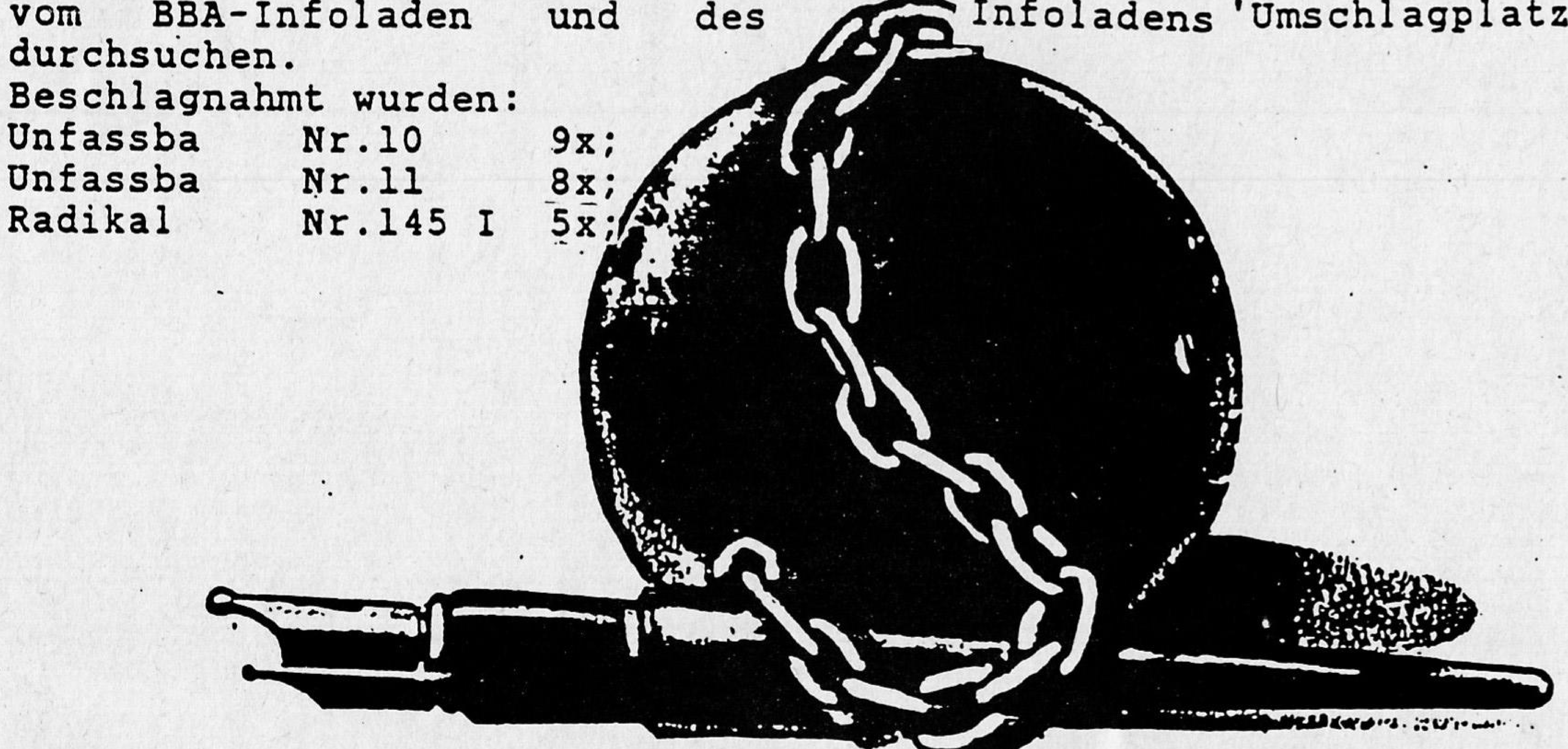
Der genannte Grund der Durchsuchung war der vermutete Verkauf der 'RADIKAL' Nr. 145 Teil 1, sowie Ermittlungen gegen "die Verfasser, Lieferanten, andere Vertreiber und die Verantwortlichen des Antifa-Infoladens" (zitiert aus dem Durchsuchungsbeschluß StA 15 Js 6054/92). In dem Durchsuchungsbeschluß wird darauf eingegangen, daß in der Radikal ein Artikel zur "Bauanleitung einer elektronischen Funkenstrecke, einschließlich grafischer Darstellung, Materialauflistung sowie Verhaltensregeln abgedruckt" (laut Durchsuchungsbeschluß) sind. Bezogen wird sich auf den Anschlag 'der Molche' gegen eine Natopipeline bei Hude (zwischen Oldenburg und Bremen) während des Golfkriegs. "Die Verfasser als auch die Vertreiber der Druckschrift "r a d i k a l" Nr. 145 (Teil 1) [sollen] den Tatbestand des § 130a StGB" erfüllen.

Zur Information, im § 130a steht, "wer eine Schrift ..., die geeignet ist, als Anleitung zu einer in §... genannten rechtswidrigen Tat zu dienen, und nach ihrem Inhalt bestimmt ist, die Bereitschaft anderer zu fördern oder zu wecken, eine solche Tat begeht, verbreitet, öffentlich ausstellt, anschlägt, vorführt oder sonst zugänglich macht", soll "mit einer Freiheitsstrafe von bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe" (zitiert § 130a StGB) bestraft werden.

Unter diesem Gesinnungsparagraph (der selbst von der Justiz 1986 für umstritten erklärt und abgeschafft wurde) und erst im Zuge der Kronzeugenregelung und Verschärfung des 129a (1988) wieder eingeführt wurde, machte sich der Staatsschutz daran, die Räume vom BBA-Infoladen und des Infoladens 'Umschlagplatz' zu durchsuchen.

Beschlagnahmt wurden:

Unfassba Nr.10 9x;
Unfassba Nr.11 8x;
Radikal Nr.145 I 5x;

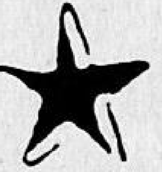


Liste von Kfz-Kennzeichen von Zivi-Bullen;
Kommisionsbuch vom Infoladen 'Umschlagplatz';
Ladenordner vom Infoladen 'Umschlagplatz' (der aber nicht aufgeführt wurde);
Ladenordner vom BBA-Infoladen.

So, wie zu sehen ist, waren sie da, um sich einen aktuellen Einblick zu verschaffen. Es wurde viel fotografiert und rumgefragt, aber alles in allem war die Geschichte recht kurz. Wir wissen nicht, ob es sich um eine einmalige Geschichte handelt oder ob sie sich einen Fuß in der Tür verschaffen wollten, um später nochmal 'reinzuschauen'. Wir können auch nicht sagen, ob das BKA oder ein LKA beteiligt waren, allerdings können wir dies auch nicht ausschliessen.

Alles in allem scheint sich bisher noch nicht zu bestätigen, daß die Kriminalisierung, im Gegensatz zu anderen Städten, groß angelegt war (Es gab zum Beispiel keine Presseerklärung von Seiten der Bullen, oder keine offene Beteiligung der BKA-Bullen). Dennoch gehen wir davon aus, daß sich diese Aktion des Staatsschutz einreiht in die Versuche den Verkauf der Radikal zu be- und verhindern und auch die Infoläden und linken Buchläden zu kriminalisieren.

Für uns war die Durchsuchung nicht überraschend. Es war abzusehen, weil seit dem letzten Jahr sich die Hetzartikel zu Infoläden in der 'Welt' häufen und weil parallel das BKA versucht, in die Infoläden reinzukommen. Die erste uns bekannte, überregional koordinierte Durchsuchung war am 1.11.91, in dem Rahmen wurden 3 Läden mit Hilfe des BKA durchsucht. Als Aufhänger dient ihnen die "RADIKAL", die "unfassba", der Verkauf des Buchs "Rote Zora", oder, wie in Freiburg, das Radio Dreieckland, bei dem wegen des Abspielens des Liedes "Hey Rote Zora" während einer Sendung des Fraueninfos (Interim Nr.166) ermittelt wurde.
Die Kriminalisierung hat regionale und überregionale Bezüge. In Bielefeld wird versucht das AJZ samt Infoladen zu kriminalisieren. Es wurden zahlreiche Mittel eingesetzt: von Hausdurchsuchungen, Ansprechversuchen durch den VS, bis hin zur Streichung der Finanzmittel (Aus einer Doku zur Hetzkampagne gegen das AJZ in Bielefeld). In Hamburg wurde der Infoladen 'Schwarzmarkt' kriminalisiert. Nach der ersten Durchsuchung, bei der nur einige Sachen beschlagnahmt wurden, folgte eine zweite, bei der sogar der Garten umgegraben wurde (aus 'nem Flugi). In anderen Infoläden kam 'nur' mal ein Zivi-Bulle rein, stöberte herum und verschwand dann wieder (Neumünster und Rendsburg).
Ein genaues Schema der Bullen können wir noch nicht erkennen. Laut unseren Informationen gab es bisher Durchsuchungen in 10 Städten und es fanden eine Vielzahl von Observationen statt. Wir rechnen auch damit, daß die Kriminalisierung noch nicht zu Ende ist.
Die Strukturen, die sie mit ihrer Durchsuchungspraxis treffen wollen, gehören zur Zeit mit zu den wenigen Punkten, an denen eine linke autonome Szene öffentlich sichtbar wird. In vielen Städten gibt es mittlerweile Infoläden, die von einem Teil der Szene genutzt werden und auch dazu dienen andere neue Leute anzusprechen und einen Gegenpol zur HERRschenden Meinung bilden.
Der Staatsschutz will durch seine Maßnahmen die Debatte um Militanz, Antiimperialismus, Patriarchat und Sexismus, Rassismus, die unterschiedlichen Teilbereichsbewegungen von Anti-AKW, Häuserkampf und "Dritte Welt", be- bzw. verhindern. Dies wird daran deutlich, daß sie immer Publikationen zu diesen Themen, bzw. auch Sendungen dazu, zum Anlass ihrer Durchsuchungen nehmen.
Gründe waren, u.a. Artikel, die die Zusammenlegung der RAF, des Widerstands, sowie der kämpfenden Gefangenen fordern (so bei der 'unfasssba' aus Münster oder der 'agitare bene' aus Köln), oder das Abdrucken einer Erklärung der RZ zur rassistischen Asylpraxis ('radi 144' Durchsuchungen im Schwarzmarkt (HH), in 'anderer Buchladen' (Karlrsruhe), in M99 (Berlin) ua.). Diese Veröffentlichungen wurden als Unterstützung der RAF und der RZ mit dem § 129a kriminalisiert.
Wir finden es immer wieder überraschend, jedoch bezeichnend, daß in einer Zeit, in der die gesamte BRD von Angriffen auf Flüchtlingsheime und MigrantInnen durch Rassisten und Faschisten überzogen wird, und Schwarze dabei sterben, daß in dieser Zeit sich dieser Staat erlaubt, das Wort das sich dagegen wendet zu kriminalisieren und Zensurmaßnahmen vornimmt, damit die Wahrheiten verschwinden. Die Doppelmoral der Bullen und der Justiz hängt uns zum Halse heraus. Bullen und Spitzel verpisst euch aus unseren Zentren und Läden! Hände weg von unseren Zeitschriften!
Weg mit dem politischen Strafrecht!

WAHRE WORTE GEGEN WORTE ALS WARE !!! 

MEDIENARBEIT MIT VIDEO, SUPER 8, UND DIAS

15 Berliner Medienarbeitsstätten stellen sich vor eine Veranstaltungsreihe im Kino im KOB.

Wie "erzählt" ein Film eine Geschichte? Wie informiert das Fernsehen? Schon mal was von Langenwisch gesehen? Oder von der Berliner Rap-Szene? Oder von Mädchenselbstverteidigung? Nein? Kommt ja auch nicht im Fernsehen. Außer, man/frau macht es selber. Eine Möglichkeit ist, zu einer Medienwerkstatt zu gehen. Dort kann man/frau den Umgang mit Medien lernen und Politik mit Medien machen. Medienarbeit läßt sich in zwei Tendenzen unterteilen:

-Die prozeßorientierte Medienarbeit, die sich vorwiegend an Jugendliche wendet.

Die Erfahrung des Film/Videomachens steht im Vordergrund. Eine Projektgruppe plant, schreibt, dreht und schneidet einen Film, die Medienwerkstatt stellt die notwendigen Geräte zur Verfügung und berät die Gruppe in jeder Phase der Filmherstellung. "Erlernt" werden hierbei nicht nur die Bedienung von Geräten, sondern auch Kooperation und Konfliktbewältigung, die Funktionsweisen von Film und Fernsehen werden bewußt.

-Die produktorientierte Medienarbeit, bei der Filme/Videos als Mittel von Öffentlichkeitsarbeit entstehen, für Gruppen und Themen, denen das Fernsehen keine Beachtung schenkt.

Die nicht-kommerzielle Herangehensweise ermöglicht genauere und längere Beobachtungen, "unspektakuläre" Themen können behandelt werden, Betroffene kommen zu Wort, das Medium wird demokratischer. Damit die Filme/Videos öffentlich zugänglich werden, ist damit auch der Versuch verbunden, alternative Verleihstrukturen aufzubauen.

'Lernprozesse und Ergebnisse von 15 Berliner Medienarbeitsstätten zeigt das Kino im KOB ab dem 1.4.92 jeweils Mittwochs und Donnerstags um 20h30 und 22h30.

28.3. 19h00 Einführungsveranstaltung mit Videos kaltem Buffet und Musik.

1.4. 20h30 Eyeland
22h30 Panmedia

2.4. 20h30 Panmedia
22h30 Eyeland

22.4. 20h30 Clip
22h30 Offener Kanal

23.4. 20h30 Offener Kanal
22h30 Clip

8.4. 20h30 Werkstatt für interkulturelle Medienarbeit
22h30 "

9.4. 20h30 "
22h30 "

15.4. 20h30 Autofocus
22h30 Medienwerkstatt des Asta der FU Berlin

16.4. 20h30 Medienwerkstatt des Asta der FU Berlin
22h30 Autofocus

29.4. 20h30 Nachbarschaftsheim Schöneberg / Werkstatt für aktive Medienarbeit

30.4. 20h30 "

13.5. 20h30 Chip
22h30 Wydock

14.5. 20h30 Wydock
22h30 Chip

20.5. 20h30 EWA Frauenzentrum
22h30 AK Kraak (noch offen)

21.5. 20h30 AK Kraak (noch offen)
22h30 EWA Frauenzentrum

6.5. 20h30 Traumfabrik
22h30 Jugendfilmstudio Naunynstraße

7.5. 20h30 Jugendfilmstudio Naunynstraße
22h30 Traumfabrik

DONNERSTAG, 26.3.:
19 Uhr, "Emma Goldmann", Textcollage, Info & Diskussion, El Locco, Kreuzbergstr.43, Ladies only

FREITAG, 27.3.:
17-20 Uhr, anarchistisches SchülerInnencafé im El Locco
20 Uhr, SCHWEINE ZUM ANFASSEN: "sind Geheimdienste noch zeitgemäß?", Haus der Kirche, Goethestr.26, U-Bhf. Deutsche Oper mit Gerhard Glogowski, niedersächs. Innenminister, Wolfgang Pfaff, Leiter VS-Brandenburg, BND-Schwein, MAD-Schwein und Renate Künast (alle nur angefragt)
20 Uhr,"500 Jahre Kolonialismus, 500 Jahre Widerstand", Veranstaltung mit Vertretern des American Indian Movement im EX
21 Uhr: "Kommunen im 19. Jahrhundert", Info & Disk., Dias, El Locco

SAMSTAG, 28.3.: 11 uhr, KURDISTANDEMO
14 Uhr, Blauer Salon, Mehringhof, Arbeitstreffen zur Kampagne 500 Jahre Widerstand mit Vertretern vom American Indian Movement
14 Uhr, "Wohnungsgenossenschaften in der DDR", die verpaßte Kollektivierung, im El Locco
18 Uhr, "Verkehr(te)sgesellschaft", Info & Diskussion, Dias, WieDeo im El Locco
21 Uhr, "die Kommune GmbH" BRD 87,"Unsere Firma", Berlin 85, "Der Chef sind wir", BRD, 86, WieDeos, im El Locco
ab 21 Uhr, Kiezdisco im Babylonia, Cuvrystr.23
abends: Fete in der Marchstr.23 anläßlich 3-jähriger Besetzung mit Lagerfeuer, Volxküche, Musik

SONNTAG, 29.3.:
11 Uhr, "die Dialektik von Kontinuität und Bruch, die Marxistin Rossana Rossanda", Lern-AG der Gruppe FELS im Lateinamerikazentrum, Crellestr.22, U-Bhf. Kleistpark, 12 Uhr 30, PAUSE, 13 Uhr 30, Klasse und Partei, 15 Uhr 45, Kritik am Realsozialismus
16 Uhr, Philosophie von Frauen im El Locco, Ladies only
18 Uhr, "Communidad del Sur", Bericht über einen Aufenthalt in gleichnamiger urugayischer Kommune mit Dias im El Locco
20 Uhr, "wie könnte Kreuzberg Yuppiefreie Zone werden? außerdem: wer sind eigentlich Yuppies?", Moderation: Harald Juhnke INFOSTÜTZPUNKT K36, Reichenbergerstr.63a HH
21 Uhr, "Finger weg vom Freistaat", Video BRD 1991 über Christiania im El Locco

DIENSTAG, 31.3.:
20 Uhr, Totalverweigerer-Treffen im Blauen Salon im Mehringhof
20 Uhr, "Festung Europa, Asyl- und AusländerInnenpolitik im `neuen Europa'", Infoladen III.Welt, Thomasstr.11-13, U-Bhf.-Karl-Marxstraße

MITTWOCH, 1.4.:
20 Uhr,Video:"Das Unternehmen Barbarossa, der Überfall auf die Sowjetunion"(Teil2), Bandito Rosso,Lottumstr.10A

ACHTUNG: die Nolympische Stadtrundfahrt am Sa., 28.3. fällt aus!
die Rundfahrt zwi wochen später auch

DONNERSTAG, 2.4.:
19 Uhr, Diskussion über AIDS, d.h. die herrschende Meinung und unsere im SCHWUZ, Hasenheide
19 Uhr,"Liebe, Frauen und Blumen", Video über die Situation kolumbianischer Blumenarbeiterinnen im El Locco, Ladies only

SAMSTAG, 4.4.:
14 Uhr, überregionales Vorbereitungstreffen zum Mini-WWG am 8.-9.5. in Münster, Ort: KSG, Frauenstr.37 in Münster

WWG-INFOtelefon Münster
0251/ 66 20 66

Mi.,1.4.: logisch, Frauenabend im Ex, Film & Diskussion,"Wahrheit macht frei"

Sa., 4.4. 14 Uhr Antifa-demo in Ilmenau vor der Festhalle (scheiße, wo liegt das?, d.S.)



TaxifahrerInnen-Kundgebung

am 1. 4., 16 h

Gneisenaustr. 65

vor Taxidienst am Südstern

Rücknahme der Kündigungen!
Ausgleich der Berlinzulage!
Mehr Lohn weniger Arbeit!